

Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung

Protokoll der Sitzung vom 16. März 2012

An der **73. Sitzung** der Arbeitsgemeinschaft nahmen folgende Personen teil:

Brunner (Universitätslehrgang Gartentherapie), Dietrich (Universität für Bodenkultur, Institut für Ökologischen Landbau), T. Fischer (Universität für Bodenkultur, Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung), Geserick (ÖIF Österreichisches Institut für Familienforschung), Hendrich (Universität Wien), Köstlin (Universität Wien, Institut für Europäische Ethnologie), Liebal (Universität Wien), Moravec (Agrarbezirksbehörde Niederösterreich Regionalbüro Baden), Oedl-Wieser (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Pevetz (ehem. Bundesanstalt für Agrarwirtschaft), Pucher (AG Mangalitzaschwein), Raffetseder (Bandgesellschaft - Österreichisches Hilfswerk für Menschen mit besonderen Bedürfnissen), M. Schmitt (Institut für Gebirgsforschung: Mensch & Umwelt der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Innsbruck), Schipfer (ÖIF Österreichisches Institut für Familienforschung), Seiser (Universität Wien, Institut für Kultur- und Sozialanthropologie), Strahl (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Weber (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft), Wiesinger (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Wurm (BMLFUW, Abt. II/2 Schule, Erwachsenenbildung und Beratung), Ziehaus (BMLFUW, Abt. IV/3 Nachhaltige Entwicklung der Waldressourcen)

Entschuldigungen ergingen von:

Amann, Aschenbrenner, Balas, Baumgartner, Burger-Scheidlin, Danhel, Donabauer, Eigelsreiter-Jashari, Ettmann, Glatzl, Gmeiner, Göttl, Grasböck, Haase, Haubenhofer, Heistingner, B. Hofer, Kaufmann, Kolland, Köpl, Larcher, Loibl, Machold, Pass, Prop, Quendler, Rossier, Segert, Tunst-Kamleitner, Vogel, Wagner-Alt, Welan, Wieser, Wohlmeier, Ziebermayr

In Vertretung des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft **Wieser** begrüßt **Oedl-Wieser** alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Der einleitende Beitrag **Tatjana Fischer** vom Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung Universität für Bodenkultur befasst sich mit „*Wiener Kleingärten im Spiegel des Zeitgeistes*“. Das anfangs als relativ harmlos anmutende Thema erwies sich im Zuge der Bearbeitung als sehr schwierig, da Kleingärten viele Aspekte der Stadtentwicklung und damit der Stadtpolitik berühren. Vor dem Hintergrund der Frage, wie man mit Kleingärten angesichts der Frage eines forcierten städtischen Wachstums umgeht, ergibt sich vielerlei politischer Zündstoff. Diese Studie ist noch nicht publiziert und es ist unklar, ob sie jemals in dieser Form überhaupt publiziert werden wird. Das Wiener Kleingartenwesen ist sehr vielfältig. Die Vorstellung von ausschließlich kleinen Schrebergartenhäuschen hat sich überlebt. Mittlerweile ist das nicht mehr so. Kleingärten sind ein Spiegel gesellschaftlicher

Entwicklungen. Das Projekt wurde auf Ansinnen des *Ökosozialen Forums Wien* beauftragt, um herauszufinden, wie sich das Kleingartenwesen in den Stufenbau der Grünordnung Wiens einfügt, d.h. welchen Stellenwert das Kleingartenwesen für die Leute hat und was man aus dem Kleingartenwesen für die Gestaltung öffentlicher Grünräume ableiten kann. Es zeigte sich, dass das Projekt mit dem methodischen Zugang keine Implikationen für die Grünraumgestaltung im öffentlichen Raum per se leisten kann.

Folgende Fragen sollen nun diskutiert werden: Was ist das Wiener Kleingartenwesen entwickelt, und wie ist es geregelt? Warum entscheiden sich Leute einen Kleingarten zu besitzen? Wer sind jene, die bereits einen Kleingarten haben und wer sind jene, die einen Kleingarten wollen und was sind deren Gründe? Es zeigt sich, dass sich v.a. die Motive für die Entscheidung nach einem Stückchen Grün inmitten der Stadt verschieben. Weiters geht es um die Frage, wie sich der Wandel weg vom alten Schrebergartenwesen hin zum neuen Kleingarten manifestiert. Welche sozialräumlichen und welche phänomenologischen Manifestationen gibt es im Wiener Kleingartenwesen, d.h. wie schauen die Gärten heute im Vergleich zu früher aus und welche Funktion haben sie, d.h. welche Aufgaben erfüllen Kleingärten einst und jetzt? Das Fazit könnte lauten einerseits als *Revolution von Innen*, d.h. wie sich die Menschen verändert haben, die heute als KleingärtnerInnen bezeichnet werden und als *Veränderungen*, die *von außen* mitgewirkt haben. Abschließend sollen eine kleine Reflexion und ein kurzer Ausblick gegeben werden.



Foto: Tatjana Fischer

Was sind Kleingärten? „Kleingärten sind vorwiegend gärtnerisch genutzte Grundflächen, die der individuellen Erholung oder dem Wohnen dienen, jedoch nicht erwerbsmäßig genutzt werden.“ (§ 2, Abs. 1 Wiener Kleingartengesetz). Dies bedeutet, dass Parzellen und Liegenschaften, die als Kleingärten gewidmet sind, nicht Bauland sondern Grünland mit Erholungsfunktion sind. Man unterscheidet zwei Widmungsarten, entweder kann man darauf ganzjährig (Eklw = *Erholungsgebiet-Kleingarten für ganzjähriges Wohnen*) bzw. nicht ganzjährig, d.h. saisonal wohnen (EKL = *Erholungsgebiet-Kleingarten*). Kleingärten prägen das Wiener Stadtbild. In der Stadt Wien gibt es unterschiedliche phänomenologische Ausprägungen in den einzelnen Bezirken, aber auch in den einzelnen Grätzeln. Man kann sich also Wien teilweise ohne seine

Kleingärten gar nicht vorstellen. Sie sind sehr prägend. Die große Frage ist nun, wie bereits eingangs erwähnt und was auch die Frage des Auftraggebers ist, wie nun die Stadtpolitik mit dem Kleingartenwesen umgehen soll, wenn man die Hintergrundinformation hat, dass sehr viele Personen sich einen Kleingarten wünschen. Ziel dieser Studie war, die ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte verschnitten im Sinne einer systemischen Betrachtung mitzudenken. Das Wiener Kleingartenwesen berührt sehr viele thematische Bereiche. In diesem Dreieck aus Ökonomie, Ökologie und Sozialem erfüllt das Wiener Kleingartenwesen mittlerweile die Funktion der Versorgung mit Wohnraum. Es war früher gedacht, das Kleingartenwesen auch deswegen zu stützen und für das ganzjährige Wohnen zu öffnen, um damit den Suburbanisierungsprozess hintan zu halten. Das war eine ursprüngliche Intention, teilweise aber auch eine Bedienung der eigenen Klientel, hat aber wie wir wissen, nicht dazu beigetragen, dass der Suburbanisierungsprozess, dass der Auszug aus der Stadt ins Umland aufgehalten werden konnte und so stark ist, wie noch nie. Weiters ist angesichts der zunehmenden demografischen und ethnischen Heterogenisierung zu fragen, ob Kleingärten eine Insel der Integration, eine Insel der ethnischen Vielfalt seien? Eine weitere Frage ist, ob die Kleingärten sozial gerecht verteilt sind. Wer hat nun überhaupt Zugang zu einem Kleingarten und wer bekommt ihn überhaupt? Sind das nun Leute, die sich mit Obst und Gemüse versorgen wollen oder die, die sich ihn leisten wollen oder können? Eine weitere Frage betraf die Gesundheitsförderung und Gesundheitserhaltung der Stadtbevölkerung, das Thema der Grünraumversorgung, aber auch der Gestaltung und des Naturschutzes. Vielfach werden Kleingärten auch als Grünraumoasen gesehen. Eine weitere Überlegung war, welchen Status Kleingärtner haben. Wie schaut das aus der Außensicht, d.h. aus der Sicht der Politiker aus und wie aus der Innensicht, d.h. wie sehen sich die KleingärtnerInnen selber? Durch die große Nachfrage an Kleingärten, die sich in sehr attraktiven städtischen Lagen befinden, gibt es natürlich auch Auswirkungen auf die Grundstückspreise. Letztendlich kommen wir wieder auf die Frage der Selbstversorgung zurück, d.h. ob es durch den Eigenversorgungsanteil überhaupt Einsparungseffekte für die privaten Haushalte gibt. Es sind also sehr viele Themen mit dem Kleingartenwesen berührt. Ein besonderer Schwerpunkt wurde bei der Studie auf die sozialen und ökologischen Aspekte, weniger auf die ökonomischen gelegt. Ist das Kleingartenwesen etwas Sozialromantisches, etwas Erforderliches, aus welchem Blickwinkel betrachtet man etwas wie und warum?

In Wien gibt es insgesamt 235 Kleingartenanlagen, wovon 38 in der Studie untersucht wurden (siehe folgende Karte). Es ist sehr gut gelungen, aus fast allen Bezirken mit Kleingärten (in den Bezirken innerhalb des Gürtels gibt es keine Kleingärten) die Obleute der Kleingartenanlagen für diese Studie gewinnen zu können, an dieser Studie mitzuwirken. Großer Dank ergeht auch an den *Zentralverband der Kleingärtner*, dass sie den Zugang zu den Kleingärten und damit die Studie ermöglicht haben.

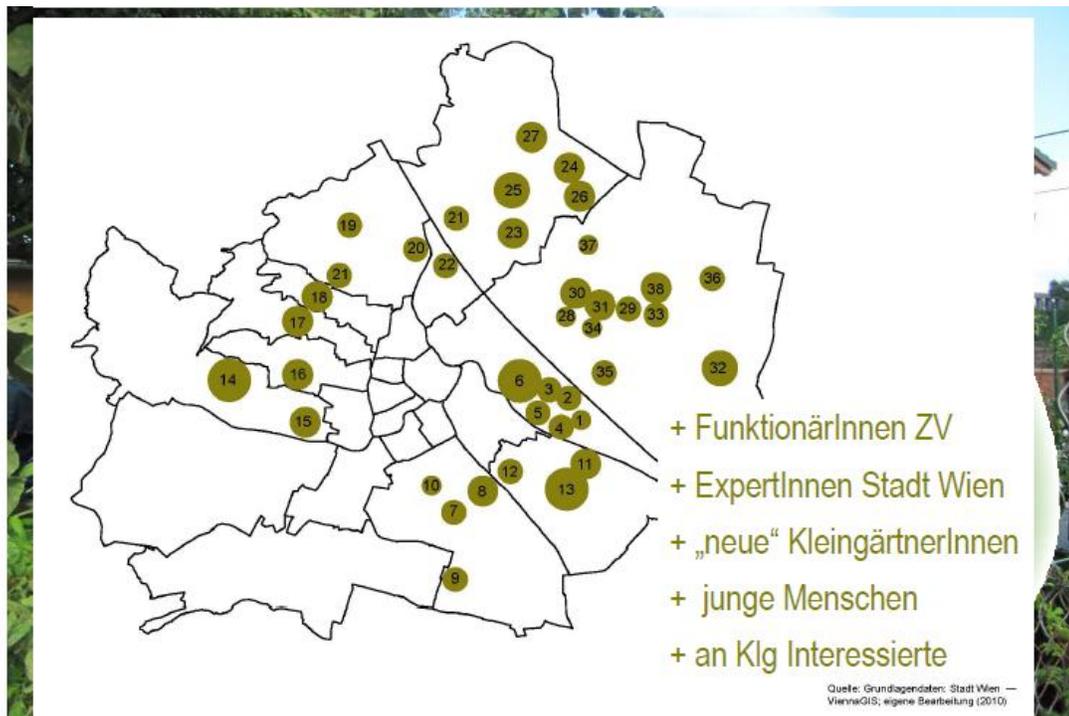


Abbildung: Die untersuchten Kleingartenanlagen. Quelle: Tatjana Fischer (2011)

Wie war es möglich Informationen über dieses Thema zu finden? Es macht keinen Sinn, nach Literatur zu suchen, da es einfach diese für uns Interessanten Informationen nicht gibt. Der erste Gang war folglich der Gang zum Präsidenten des Zentralverbandes mit der Bitte um Unterstützung des Projekts und Namhaftmachung der FunktionärInnen der Kleingartenanlagen. Diese standen uns dann als ExpertInnen im Rahmen einer mündlichen standardisierten Befragung zur Verfügung. Sie standen Rede und Antwort bei prekären und weniger prekären Themen. Das Kleingartenwesen ist in seiner Kompetenz in der Wiener Stadtverwaltung sehr stark zersplittert. Daher wurde auch versucht, ExpertInnen aus dem Magistrat Wien für eine Befragung zu gewinnen. In weiterer Folge wurde überlegt, nicht nur die alteingesessenen sondern auch junge, neue KleingärtnerInnen nach ihren Motiven zu befragen, um einen eventuellen Wandel feststellen zu können. Darüber hinaus besuchten wir auch die Wiener Kleingartenmesse, um dort jene zu erreichen, die noch keinen Kleingarten haben, um deren Gründe für ihr Interesse an Kleingärten zu erfahren. Im Rahmen einer Veranstaltung des Ökosozialen Forums wurden weiters junge Menschen befragt, was sie vom Thema Grünraum halten, wie sie mit Grünräumen in der Stadt umgehen und wie sie ihre Kleingärten gestalten würden, sofern sie einen hätten.

Es sollen nun einige zentrale Eckpunkte in der Genese des Wiener Kleingartenwesens in chronologischer Reihenfolge vorgestellt werden. Ursprünglich entwickelten sich die Wiener Kleingärten aus der Not heraus. Als Folge der beiden Weltkriege gab es desolate Wohnverhältnisse und Hungersnöte. Die Leute waren wirklich froh, Gabeland für den Anbau ihrer Kartoffeln zu haben. In Wien fand daher illegale Landnahme statt. Dies ist nichts Verrücktes, sondern etwas ganz Normales, was heute in vielen Ländern der Welt immer noch passiert. Es entstanden daraus Gemeinschaften, die in vielen Fällen vom Magistrat der Stadt Wien nachträglich legalisiert wurden. Seitens der Stadt wurden viele Anlagen lange Zeit geduldet. Der Prozess der nachträglichen Legalisierung der Kleingartenanlagen ist nunmehr

abgeschlossen. Danach stellte sich die Frage, wie man mit den über die ganze Stadt verteilten Kleingärten umgeht, welche Zukunftsvisionen es gibt und welche Gefahren möglicherweise das Kleingartenwesen in sich bergen kann. Viele Anlagen befinden sich ja an den Abhängen des Wienerwaldes. Im Jahr 1987 wurde ein *Kleingartenkonzept* in Auftrag gegeben, wo es darum ging, herauszufinden, wie FachexpertInnen die Weiterentwicklung des Wiener Kleingartenwesens einschätzen. Dieses Kleingartenkonzept hat viele problematische Entwicklungen, die sich heute zeigen, vorhergesehen und bestätigt, ist aber nie zur Umsetzung gelangt. In diesem Konzept wurde beispielsweise darauf hingewiesen, dass das Kleingartenwesen nicht dazu da sein sollte, als Zweitwohnsitz bzw. Nebenwohnsitz in der Stadt zu dienen. Es wurde weiters nach einem Verteilungsschlüssel gefragt, d.h. wie viele Kleingärten auf Personen aus dem sozialen Wohnbau bzw. Gemeindebau entfallen müssen. Gleichzeitig wurde thematisiert, ob das Kleingartenwesen ein Faktor ist, der die Zersiedelung in der Stadt befördert, weil dabei nur wenige Leute eine relativ große Fläche einnehmen. Dieses Kleingartenkonzept ist nie in die politische Umsetzung eingegangen, hat aber alles vorweggenommen, was man zwanzig Jahre später bestätigen konnte. 1992 fasste dann die Wiener Stadtpolitik den Beschluss, auf gewissen kleingärtnerisch genutzten Parzellen das ganzjährige Wohnen (EKLW) zu erlauben. 1995 wurde sogar erlaubt auf ausgewählten Flächen, die im Eigentum der Stadt Wien stehen, Kleingartenparzellen zu kaufen. Der Kauf einer Kleingartenparzelle bedeutet quasi den Kauf von Grünland mitten in der Stadt. Wenn man weiß, wie sich EigentümerInnen im Vergleich zu PächterInnen oder MieterInnen verhalten, dann kann man sich vorstellen, dass hier bereits die Probleme vorprogrammiert sind. Im Herbst 2011 ging diese Geschichte dann weiter, als die *Bundesimmobiliengesellschaft BIG* Parzellen in den Kleingartensiedlungen *Landstraßer Gürtel*, *Kaisermühlen* und *Wasserwiese* den PächterInnen Parzellen zum Kauf anbot. Damit werden sehr brisante Entwicklungen in Gang gesetzt, zumal man weiß, dass es in gewissen Kleingartenanlagen ohnedies bereits diesbezügliche Schwierigkeiten gibt. Durch das Vermischen von PächterInnen und EigentümerInnen überlagern sich die Probleme und das „friedliche“ Zusammenleben wird noch schwieriger. Doch der Sache nicht genug ist es nun sogar möglich, einen Swimmingpool im Kleingarten zu haben. Man muss sich von der Vorstellung endgültig verabschieden, dass Kleingärten Grünflächen mit Gemüsebeeten und Obstbäumen sind. Es gibt nun Swimmingpools in großem Stil, die pikanterweise als Grünfläche gelten. Da kommt der Naturschutz und macht sich Sorgen um die Amphibien. Es war nicht allen im Zuge des Projekts Befragten verständlich, warum die Menschen nicht in den oft nahen Gewässern Baden gehen, sondern alle ihren eigenen Pool haben wollen. KleingärtnerInnen unterscheiden sich heute nicht mehr von BürgerInnen, die in einer anderen Wohnform leben. Es kam eine neue Regelung der maximalen Kubatur. Dies führte zu Riesenproblemen, weil man sich dadurch gegenseitig die Aussicht und das Licht nimmt, die neuen, größeren, oft würfelartigen Häuser wären hässlich usw. Im Jahr 2010 wurde erkannt, dass man im Kleingartenwesen zunehmend Stellplatzprobleme hat. Die KleingärtnerInnen zeigten keineswegs ein ökologisches Verhalten. Sie fahren mit ihren Autos zu ihren Kleingärten und wollen dort am liebsten gleich auf ihrer eigenen Parzelle parken. Argumentiert wurde, dass dies in der Gartensiedlung auch möglich wäre, nur letztere wohnen auf Bauland und nicht auf Grünland. Solche Feinheiten muss man wissen, wenn man über dieses Thema spricht.

Als nächstes soll die zentrale Frage diskutiert werden, warum man/frau einen Kleingarten haben möchte. Dazu einige Zitate:

- *Wohnen im Grünen mitten in der Stadt/billiger als am Stadtrand bauen: „mitten in der Stadt billig grün wohnen“*
- *Geschützter Spiel- und Freizeitort für Kinder: „ich möchte einen sehr geschützten Freizeit- und Erlebnisort für mein Kind haben“, „es soll nicht vom nächsten Auto zusammengeführt werden“, „es soll in einer friedlichen Umgebung aufwachsen“*

- *Abgeschlossener privater Außenraum:* „ich möchte am Abend nach Hause kommen und in meine Refugium gehen“, „ich möchte dort meine Ruhe haben“
- *Flucht vor der baulichen Dichte*
- *Wahrnehmung von Veränderungen im Wohnumfeld:* u.a. Präsenz anderer Ethnien im öffentlichen Raum, Qualität des vorhandenen öffentlichen Grüns

Die Flucht vor der baulichen Dichte, aber auch vor der ethnischen Vielfalt, ist ein großes Thema im Kleingartenwesen, v.a. bei Personen, die nicht ganzjährig im Schrebergarten wohnen, sondern in der Nähe ihrer eigenen Wohnung PächterInnen/MieterInnen einer Kleingartenparzelle sind. Diese flüchten vor einem sich massiv verändertem Wohnumfeld und empfinden den öffentlichen Grünraum als unattraktiv, hässlich und extrem strukturiert. Sie können dort nicht tun, was sie möchten.

Wie schon darauf hingewiesen hatte das Kleingartenwesen ursprünglich eine komplett andere Intension, nämlich eine Versorgungsintension mit Nahrungsmitteln. Das ist eine existentiell ganz unterschiedliche Sache zum Wohnen. Hier geht es nun bereits in Richtung Luxusgut, d.h. es gibt bei den Motiven für einen Kleingarten sehr große Unterschiede zwischen jungen KleingärtnerInnen – das Kleingartenwesen wird immer jünger, immer mehr junge Menschen drängen hier hinein – und den alten Schrebergärtnern. Es gibt sehr heterogene Anspruchsprofile und Nutzungsmuster, aber auch Nutzungsintensitäten.

Wer sind nun diese KleingärtnerInnen von heute? Dazu wurden die heute sehr alte und heute jüngere Generation von KleingärtnerInnen hinsichtlich ihrer Charakteristika gegenübergestellt.

(sehr) alte SchrebergärtnerInnen	heutige KleingärtnerInnen
heutige VertreterInnen: sehr alte Menschen	heutige VertreterInnen: junge Menschen, junge SeniorInnen, alle Lebensstiltypen
aufgewachsen in einer Zeit des Mangels	Aufgewachsen in einer Zeit des Wohlstands / Überflusses / Mangels ???
Neuem gegenüber wenig aufgeschlossen	offen gegenüber Neuem
an die Einhaltung strikter Regeln gewöhnt	Selbstbewusstsein, Informiertheit
unterschiedlich große Bereitschaft zur Kommunikation, Zurückgezogenheit	„Rückzug“ und „Trubel“
stolz darauf, KleingärtnerIn zu sein	froh darüber, „KleingärtnerIn“ sein zu dürfen „kleines Paradies in der Stadt“
Produktionsfunktion des Gartens	Gartengestaltung und Ästhetik / „Grünoase“
Selbstversorgung	Erholung und Ausgleich zum hektischen Alltag
„Tauschhandel“	Zukauf aller Produkte und Leistungen
Verarbeitung und Lagerung der Ernte	„Garten ist Arbeit.“
„Wohnen“ nicht bis kaum von Bedeutung	„Garten ist schmuckes Beiwerk zum Haus.“
viel Erfahrung und Wissen in Bezug auf „Versorgung aus dem Garten“	„Garten“ ist vielfach „thematisches Neuland“

Quelle: Tatjana Fischer (2012)

VertreterInnen der alten SchrebergärtnerInnen sind in Zeiten des Mangels aufgewachsen, sie haften vielfach an den alten Nutzungsmuster und –strukturen ihrer Gärten an, sind Neuem gegenüber relativ wenig aufgeschlossen. Weiters sind sie an das Einhalten strikter Regeln gewöhnt. Dies ist in Hinblick auf Gartenordnungen relevant, die das Zusammenleben von Menschen in einer Kleingartenanlage regeln.

Überall wo Menschen sind, gibt es unterschiedliche Ansprüche und einen Anspruchswandel. Es gibt die, welche laut schreien und sich nicht kümmern, und es gibt jene, die vielleicht nicht so laut schreien, immer schon da waren und alles etwas leiser angehen. Das reicht vom Rasenmähen am Wochenende bis hin zum Wunsch nach dem Grillen und der Frage, wie man einen Garten nutzt oder ob man den Fachberater des Kleingartens für Obst- und Gemüsebau überhaupt auf sein Grundstück lasse, damit er feststellen kann, ob man Schädlinge im Garten hat oder nicht. Dies ist für die neue Generation ein sehr großes Problem, für die ältere bzw. sehr alte nicht. Die ganz alten Schrebergärtner sind stolz darauf, Kleingärtner zu sein. Wenn man sich mit der Geschichte beschäftigt, dann findet man bald Dokumente über Ausstellungen im Wiener Rathaus, wo die Kleingärtner stolz ihre Erzeugnisse hergezeigt haben. Es gab damals eine Notwendigkeit, sich selber zu versorgen. Vom Honig angefangen über Fleischprodukte bis hin zu Marmeladen wurde alles hergestellt. Jetzt wird dies als unnötiger Aufwand betrachtet. Die heutigen Kleingärtner sind Vertreter aller Lebensstile. Man findet überall die Naturverbundenen, Alternativen, gestresste Manager, Ärzte, die sich in ihrer Freizeit im Garten ausruhen wollen. Ganz verschiedene Leute müssen sich in einer Kleingartenanlage vertragen. Man muss auch erkennen, dass diese Leute vielfach überhaupt keinen Bezug zu dieser Geschichte haben. Das sieht man bei den jungen KleingärtnerInnen, die den Garten nicht von den Großeltern übernehmen. Die haben oft gar keinen Bezug zum Garten, da sie nicht aus einem Einfamilienhaus mit einem Garten kommen, sondern vom Geschoßwohnbau. Oft ist es das erste Mal, dass sie sich in ihrem Leben mit diesem Thema überhaupt beschäftigen. Sie haben keinen Bezug zur „Erde“ und kommen ganz neu in dieses Feld hinein. Die meisten wünschen sie sich einen Ziergarten. Die heutigen KleingärtnerInnen suchen eine Balance zwischen städtischem Trubel und einem Rückzugraum, den der öffentliche Grünraum nicht bieten kann. Diese Nische ist nur der eigene Garten. Im Unterschied zu den alten, die stolz darauf waren, Kleingärtner sein zu dürfen, sind die heutigen froh über die Möglichkeit, einen Kleingarten zu haben, um dort zu leben, wie sie wollen und dem allen entfliehen zu können, was ihnen in der Stadt und bei der Stadtentwicklung auf die Nerven geht. Bei den alten KleingärtnerInnen hat der Garten Produktionsfunktion. Diese haben immer noch sehr viel Kenntnis und praktizieren diese auch, was den Umgang mit den Pflanzen betrifft. Die Kleingartenanlagen sind Anlagen, die auch eine öffentliche Naherholungsfunktion haben. Daher haben sie in der Saison zwischen März und September offen zu sein, auch wenn das in einigen untersuchten Anlagen nicht so ist, da sie zugesperrt sind. Die meisten sind aber offen. Die Spaziergänger sollen auch daran teilhaben, was in einigen Anlagen durchaus als Problem gesehen wird, da es sehr viel Vandalismus, aber auch Abfall-, Hunde-, Radfahrer-, ja sogar Mopedfahrerproblematik gibt. In den alten Schrebergärten gab es richtige Lauben, in neuen ist der Garten nur noch das schmucke Beiwerk. Der Garten ist ein Statussymbol, welches das repräsentiert, was man hat oder selber ist. Aber eigentlich „braucht“ man ihn nicht. Man sonnt sich dort, arbeitet ein wenig, wenn auch nicht gezielt und systematisch und von der Selbstversorgung hat man sich schon lange verabschiedet. In der Selbstwahrnehmung sehen sich die heutigen KleingärtnerInnen als Wohnende, als ganz normale Stadtbevölkerung. Im Vergleich zur Fremdwahrnehmung von außen werden sie allerdings als Privilegierte gesehen, da sie mitten in der Stadt in einer grünen Oase leben können. Gleichzeitig meinen jene KleingärtnerInnen, die noch das ursprüngliche Gedankengut weitertragen, die sich noch um die Grünraumpflege kümmern und nicht jeden Quadratzentimeter zupflastern oder zuschottern, dass sie zwar privilegiert seien, aber die anderen, die einen neuen Kleingarten haben, die Arbeit, die so ein Garten macht, nicht auf sich nehmen würden. Das hat also immer mehrere Seiten.

Die Unterschiedliche Bindewirkung des Kleingartens wird in der folgenden Übersicht dargestellt. Dabei geht es um den Zusammenhang zwischen Kleingarten und Erholungsfunktion und deren Stellenwert im alltäglichen Leben.



Unterschiedliche Bindewirkung des Kleingartens

Widmung der Kleingartenparzelle	„Grünland – Erholungsgebiet – Kleingartengebiet“		„Grünland – Erholungsgebiet – Kleingartengebiet für ganzjähriges Wohnen“
Distanz zum Hauptwohnsitz	in unmittelbarer Nähe zum Wohnfeld, fußläufige Erreichbarkeit	vom Wohnstandort weiter entfernt	keine Distanz – Hauptwohnsitz in der Kleingartenanlage
Nutzungsmöglichkeit über das Jahr	saisonal, vor allem während der Sommermonate		ganzjährig
Nutzungsintensität	hoch während der Sommermonate tägliche Nutzbarkeit sowie in Abhängigkeit von der Eignung des Kleingartenhauses zwecks temporärer Wohnbarkeit	hoch – mäßig in Abhängigkeit von der Eignung des Kleingartenhauses zwecks temporärer Wohnbarkeit	hoch – mäßig – gering in Abhängigkeit vom Stellenwert des Wohnens nach Maßgabe persönlicher Präferenzen
Bindewirkung in Bezug auf das Freizeitverhalten	hoch – mäßig nach Maßgabe der Erreichbarkeit attraktiver städtischer Alternativen an Freizeitinfrastruktur		hoch – mäßig – gering nach Maßgabe persönlicher Präferenzen hinsichtlich der Freizeitgestaltung

Quelle: Tatjana Fischer (2011)

Man muss unterscheiden zwischen der Widmung der Kleingartenparzelle, d.h. ob es sich um *Grünland-Erholungsgebiet-Kleingartengebiet* mit oder ohne ganzjährigem Wohnen (Eklw bzw. Ekl) handelt. Dann muss man sich überlegen, wovon diese Bindewirkung abhängt. Einerseits hängt diese ab von der Distanz des Kleingartens zum Wohnort, d.h. für jene die den Kleingarten rasch erreichen können, da sie z.B. nur über die Straße gehen zu brauchen oder sogar vom Balkon auf die Kleingartenanlage hinunter schauen können, ist der Garten wie ein grünes Wohnzimmer, welches bei jeder Möglichkeit genutzt wird. Diejenigen, die unmittelbar bei ihrem Kleingarten wohnen, haben zwar von Montag bis Freitag ihren Garten, das Wochenende verbringen sie aber auch woanders. Das war auch nicht wirklich das Ziel des Kleingartenwesens, Kleingärten wie einen normalen Einfamilienhausgarten zu nutzen. Man wollte, dass die Leute nicht am Wochenende die Stadt verlassen, sondern die Erholung für diejenigen Gruppen, die unter sehr schweren Arbeitsbedingungen standen. Man muss sich überlegen, dass früher viele körperlich schwer arbeiten mussten und unter Staub- und Lärmentwicklung standen. Für diese Leute war dieser Ausgleich notwendig, das war ein gesundheitsfördernder Ansatz.

Die Nutzungsintensität war sehr verschieden, hoch natürlich in den Sommermonaten. Zur Bindewirkung in Bezug auf das Freizeitverhalten lässt sich sagen, dass es dort, wo man ganzjährig wohnt, alle Facetten gibt, während dort, wo der Kleingarten nur ein „temporäres Rückzugsgebiet“ ist, das Freizeitverhalten hoch bis mäßig ist. Der Kleingarten hat einen Stellenwert hinsichtlich Ort der Freizeitgestaltung. Jene allerdings, die immer den Garten haben, wissen ihn nicht so zu schätzen, wie die die ihn nicht immer haben, und nutzen ihn daher auch entsprechend weniger.

Es hat sich ein eindeutiger Wandel vom Nutz- zum Ziergarten vollzogen. Die Gartenarbeit wird als eine Belastung empfunden. Es findet sich eine gewisse Raunzerei. Der Garten ist zwar eine Belastung, gleichzeitig möchte man ihn aber auch nicht aufgeben. Weiters gibt es einen Wandel von der Selbstversorgung zur Liebhaberei. Man zieht zwar noch ein paar Erdbeerbelder, Beerenhecken, Kräuter oder Salat, aber nur noch zum Spaß oder für die Kinder. Letztlich sind Kosten und Aufwand aber relativ

hoch sowie die wenigsten sich wirklich mit einem Garten auskennen. Früher war im Kleingarten die Bienen- und Kleintierzucht Gang und Gäbe. Das gibt es heute fast gar nicht mehr. Eher regen sich die Leute auf, dass sie gegen einen Insektenstich Allergien entwickeln könnten und dass Kleintiere stinken und Lärm machen. Die wollen im Garten ihre Ruhe. Eine weitere Tendenz geht in Richtung Pflegeleichtigkeit. Von struktureller und biologischer Vielfalt kann man in einigen Anlagen noch sprechen. Es gibt wirklich noch sehr schöne alte Kleingartenanlagen, die mit sehr viel Liebe gepflegt werden, auch von den Jungen, während andere Kleingartenanlagen bereits zugesperrt oder völlig ausgeräumt sind bis auf den Rasen und einer möglichst hohen Thujenwand, obwohl auch diese nicht erlaubt ist, weil die Zaunhöhe eine gewisse Höhe nicht überschreiten dürfte. Manchmal sind die Obleute auch ohnmächtig gegenüber der eigenen Klientel. Weiters sind exotische Pflanzen im Vormarsch und einheimische Pflanzen eher im Rückzug. Die prägenden Elemente der Großelterngeneration wie Rosenbeete und Obstbäume verschwinden spätestens dann, wenn ein Garten ausgeräumt wird, da neu gebaut wird. Andererseits nimmt im Vergleich zu früher, wo alles gespritzt worden ist, was nur irgendwie am Markt war, der Einsatz chemischer Mittel ab. Der Einsatz von Dünge- und Spritzmittel ist nun schon sehr kontrolliert. Ein weiterer Trend ist, dass nun jeder so viel wie möglich im Kleingarten Wohnfläche haben möchte. Die Tendenz ist möglichst viel bauliche Kubatur und möglichst viel versiegeln.

Die Vereinshäuser verkommen oft zu einem Abstellraum oder sind ausschließlich Treffpunkt für die Vereinsleitung. Innerhalb des Vereinslebens in den Kleingartenanlagen hat sich sehr viel getan. Zunächst einmal gab es eine *Erosion von Innen*: Das Vereinsleben und das Vereinswesen verlieren zunehmend an Stellenwert. Der soziale Zusammenhalt, welcher früher ein großes Thema war, nicht weil man es so gern hatte, sondern weil man es musste, ist verloren gegangen. Man kennt nur noch die unmittelbare Nachbarschaft, aber nicht mehr jene, die vier oder fünf Parzellen weiter wohnen. Die Leute reißen sich nicht mehr darum, sich ehrenamtlich zu engagieren. Das bürger- und ehrenamtliche Engagement sollte man nicht überbewerten. Es gibt kaum Nachfolger für Obleutefunktionen. Das hat nichts damit zu tun, dass die Alten die Jungen nicht zu diesen Funktionen lassen, sondern die meisten haben keine Zeit, sind nicht da, stehen im Arbeitsleben. Wenn man weiß, wie viel Aufwand es bedeutet, Obmann bzw. Obfrau zu sein, wie oft man mit den Partikularinteressen mehr oder minder in Konflikt kommt, dann macht es eben keiner. Diese Obleuteschaft ist eine alternde. Wir haben das Problem, dass die Vereinsinfrastruktur vielfach unterausgelastet ist. Es gibt viele große, schöne Vereinshäuser, manche davon sind auch gleichzeitig Gasthäuser. Diese stehen dann auch für ganz normale Spaziergänger offen. Vielfach werden diese Vereinshäuser aber nicht mehr genutzt. Einige Vereinshäuser sind in Gemeinschaftsarbeit entstanden, was die Leute zusammengeschweißt hat. Diese Älteren nutzten die Vereinshäuser tendenziell noch eher, in den meisten Fällen herrscht allerdings eine Unterauslastung der Infrastruktur. Wir haben auch das Pächter-Eigentümer-Problem. Darauf wurde bereits hingewiesen. Jemand war jahrzehntelang Pächter, dann konnte er das Grundstück bzw. die Parzelle erwerben, worauf er sich nicht mehr erinnern konnte, dass er einmal ein ganz normaler Kleingärtner war. In dem Moment, wo sie Eigentümer einer Liegenschaft sind, können sie diese weitergeben an wen sie wollen. Wenn die Liegenschaft leer steht bzw. nicht genutzt wird, dann geht das den anderen auch nichts an, schafft aber große Probleme und Löcher innerhalb kleiner Strukturen. Bei den *Eindrücken von außen* wird vielfach über die „gated communities“ geschimpft: „Die Kleingärtner sperren sich ein, wollen ihre Ruhe haben, schotten sich ab, sind Verhinderer“, mit denen man keine Stadtentwicklung machen kann. Man muss erkennen, dass diese Kleingartenanlagen im Zuge der Stadtentwicklung und Stadterweiterung oft in Gunstlagen manövriert worden sind. Früher lagen sie am „Ende der Welt“, heute sind sie sehr gut angebunden, haben vielleicht noch einen U-Bahn-Anschluss. Eine weitere Einschätzung von außen ist, dass die Vereinsleitungen bzw. die Obleute alle militant seien: „Mit denen könne man überhaupt nicht reden“. Auch das stimmt nicht. Viele Obleute wollen gar nicht mehr, sind sehr moderat, sind vielfach auch nicht immer in der Kleingartenanlage anwesend. Keineswegs sind sie diese ganz alte Gilde, die quasi mit dem Rohrstock die Mitglieder züchtigen.

Wie lässt sich dieser Wandel nun verstehen? Wir haften aus heutiger Sicht vielfach falschen romantischen Vorstellungen an. Es gab immer Zwänge und Notwendigkeiten, die das Kleingartenwesen bzw. die Entwicklung des Schrebergartenwesens gerechtfertigt haben. Früher lag der Schwerpunkt ganz klar im ökonomischen Bereich, in der Versorgungsfunktion. Das Soziale war eine Nebenentwicklung, eine Folge, aber nicht die Urintention. Die Selbstversorgung hatte einen großen Stellenwert, anlageweise auch das Wohnen in kleinen Schrebergartenanlagen. Heute gibt es Ungleichgewichte in der Nutzung. Die Ökologie spielt ähnlich wie früher keine Rolle, das Soziale auch schon viel weniger. Auch heute spielen ökonomische Aspekte die zentrale Rolle. Die meisten wollen im Rahmen ihre Möglichkeiten ihre Wünsche realisieren, sie wollen wohnen und den Garten als Beiwerk haben. Das Problem im Dialog zwischen Stadtplanung, Stadtentwicklung und KleingärtnerInnen ist, dass man allen Seiten, aber v.a. der Stadtpolitik verständlich machen muss, dass die KleingärtnerInnen sich über die Zeit nach ihren Möglichkeiten im System eingerichtet haben. Das System war durch den gesetzlichen Rahmen begründet, den man ihnen gegeben hat. Innerhalb diesen haben sie sich bewegt und ausgelotet was geht. Das ist menschlich. Weiters sind KleingärtnerInnen, wie man auch gemeint wird, nicht die PflegerInnen urbanen Grüns. Sie sehen sich selber auch so nicht, sondern sie sind Wohnende, die über ihren Kleingarten froh sind. Außerdem gelten sie als die Privilegierten in der Stadt. Zusammenfassend zur Revolution von innen und den Veränderungen von außen zeigen sich starke Wechselbeziehungen zwischen den Motiven für den Erwerb und das Interesse an einen Kleingarten und der Stadtentwicklung. Der äußere Wandel war bzw. ist die Stadtentwicklung. Früher gab es sehr viele Nahversorgungsstrukturen im unmittelbaren Umfeld und sogar innerhalb der Kleingartenanlagen gab es Bäcker und Milchgeschäfte. Das nächste Geschäft war nicht weit. Jetzt wird der Stadtrand autozentriert entwickelt. Fußläufig kann man sich vielfach nicht mehr versorgen. Das ist ein großes Problem in den neuen Kleingartenanlagen. Man programmiert quasi dadurch schon jetzt die Probleme der Zukunft. Viele Kleingartenanlagen werden kollektiv altern. Es zeigt sich, dass den Leuten in der Stadt einiges nicht gefällt. Deswegen wollen sie unbedingt einen Kleingarten haben. Nicht jeder möchte eine Kleingarten, aber viele. Jetzt ist die Diskussion entbrannt, wer Zugang zu einem Kleingarten haben sollte. Wie kann man das geringe Angebot an freien Gärten mit der großen Nachfrage ausgleichen? Die Frage ist auch, wie man mit den Wünschen unterschiedlicher Ethnien umgeht, die vielleicht in das Kleingartenwesen hineinkommen. Auch hier gibt es schon positive und negative Erfahrungen, von einer gelungenen Integration bis hin zur Aussage, *„die schaffen nur Probleme durch viele Leute auf kleiner Fläche“*. Problematisch ist auch der Dissens zwischen der Innen- und Außensicht beim Umgang mit der Grünlandwidmung Eklw. Es stellt sich die Frage, was man im Zuge der Stadtentwicklung machen soll. Es gibt konkurrierende Flächenansprüche. Es gäbe viele bessere Verwertungsmöglichkeiten. Lässt sich das Kleingartenwesen überhaupt noch rechtfertigen? Wie geht man mit der Frage Neuausweisung von Kleingartenanlagen um? Man weiß nur, dass Konsens darüber besteht, dass man in der Stadt das Kleingartenwesen unbedingt erhalten will. In den nächsten Jahren wird sich spätestens dann eine große Dynamik in Richtung Neubau zeigen, wenn die älteren Kleingärtner in alten Anlagen entweder aufgeben oder weggestorben sind. Die traditionellen, alten, verwunschenen Kleingärten werden verschwinden. Es wird sich kaum mehr ein Unterschied erkennen lassen zwischen einem Einfamilienhausgebiet oder einer Kleingartenanlage. Die Nutzerprofile werden sich weiter ausdifferenzieren. Dabei wird es sicher große Konflikte geben. Vielfach wird es notwendig sein, die Anlagen infrastrukturell nachzurüsten. Die Frage der Stellplätze und die Frage der Bestandssicherheit werden ein großes Thema werden. Man möchte die Kleingärten unbedingt erhalten. Die große Frage lautet, ob es auch langfristig gelingen wird und ob man das auch politisch rechtfertigen wird können.

Sehr oft werden Kleingärten völlig ausgeräumt und dann wird wieder neu geordnet. Maximal überlebt die Hecke und die eine oder andere Rose. Bei der Neuordnung kommt meistens nicht viel Neues darauf. Der Kleingarten mutierte zu einem Anlageobjekt. Er ist eine Immobile, in die man investiert und für die man einen Kredit aufnimmt. Was natürlich auch passiert, ist – und das ist kein hehres Ziel –, dass mit

Grünland spekuliert wird. D.h. es wird mit der Erwartung gekauft, dass es irgendwann einmal mehr Wert ist und man dann zu besseren Konditionen verkaufen kann. Somit wird eine weitere Schiefelage zwischen Angebot und Nachfrage erzeugt.

Man muss bei der Diskussion zwei Schienen unterscheiden. Das eine ist die inhaltlich-wissenschaftliche Schiene und auf der anderen Seite gibt es eine strategisch-politische Diskussion. Man muss die Diskrepanz zwischen den ursprünglichen Intentionen des Klein- bzw. Schrebergartenwesens und dem Jetztzustand verstehen und sich auch eingestehen, dass vom Ursprungsgedanken relativ wenig übrig geblieben ist. Darüber hinaus muss man sich Möglichkeiten einer Gegensteuerung überlegen, d.h. wie man auf den unterschiedlichen Widmungen bewahrend wirken kann, ohne dabei verhindernd zu sein, v.a. dort, wo Eklw gewidmet ist. Die Kennzeichen der politisch-strategischen Diskussion sind fehlende Zielvorstellungen darüber, was das Kleingartenwesen nun eigentlich sein soll. Es funktioniert gut, es gibt einen *Kleingartenbeirat*, wo alle gut miteinander reden, es gibt keine Feindschaften, man arbeitet zusammen. Man tut sich nicht gegenseitig weh. Es geht auch um die Unklarheit, wie man das Kleingartenwesen in Zukunft vor dem Hintergrund des Wachstumsgedankens, dem die Stadt nach wie vor anhängt, rechtfertigen kann. Letztendlich stellt sich auch die Frage nach konkreten Eingriffsmöglichkeiten, der Frage des Zeitgeistes und der politischen Justierung.

Zum Ausblick gibt es einen Konsens, einen politischen Willen, dass das Kleingartenwesen in Wien erhalten bleiben soll. Diese Entscheidung ist bereits gefällt. Aber es gibt einen großen Dissens über die Frage, wie man jetzt mit dem Kleingartengesetz umgeht, was eine Gartenordnung können soll und in wie weit man in die Privatrechte des einzelnen eingreifen darf. Dazu wurden drei Knackpunkte identifiziert.

- (I) Vielfach wird von seitens der Stadtverwaltung versucht, öffentliche Interessen auf sich zunehmend privatisierenden Grünräumen zu erfüllen. Die Leute sind individualisierter, wollen sich zurückziehen, aber gleichzeitig soll sich das Kleingartenwesen öffnen.
- (II) Kleingärten sind sicher noch in vielen Bereichen Grüne Lungen der Stadt, sie sind partiell Orte der Integration und manchmal Inseln der Biodiversität
- (III) Passung von Angebot und Nachfrage vor dem Hintergrund des soziodemographischen Wandels

Deswegen muss man sich überlegen, ob vor dem Hintergrund des vorhandenen Wissens bei der Weiterentwicklung der Kleingartenbewegung dem Zeitgeist weiter entsprochen werden soll und ob sich das vorhandene Wissen für eine vorausschauende Entwicklungsplanung des städtischen Grünraums für Übermorgen eignet.

Diskussion

Pevetz: Ich kann der Frau Vortragenden nur größten Beifall spenden. Ich stamme aus einem Bezirk, den sie nicht untersucht hat und zwar aus Ober St. Veit. Viele Dinge, die sie so blendend beschrieben hat, geschehen auch dort. Oftmals wird ein weiterer Stock auf ein Schrebergartenhaus darauf gesetzt, dazu kommt dann ein Swimmingpool und dann schaut man hinüber zum Nachbarn, der genau dasselbe gemacht hat. Ich gehöre zu den Besitzern des privaten Grünlandes im Wald- und Wiesengürtel, welches einer strengen Bauordnung unterliegt. Dies ist dann der groteske Gegensatz zwischen der tatsächlichen Verbauung der als Grünland gedachten Kleingartenbereiche und der strengen Bauordnung auf den 16 ha, die unserer Familie gehören und wo man überhaupt nichts machen darf. Interessant ist etwas, das sie nicht erwähnten, aber schon früher einmal hier in dieser Runde thematisiert worden ist, nämlich die Selbsternteflächen. Wir haben zwei Selbsternteflächen, wo diejenigen vertreten sind, die noch gerne in der Erde graben. Das ist die einzig mögliche Nutzungsform auf unserem Grund überhaupt. Auch hier gibt es sehr interessante Unterschiede zwischen den einzelnen Parzellen. Die einen pflegen ihre Streifen, die anderen lassen sie verwildern und verunkrauten. Auch hier gibt es große Spannungen wegen der

unterschiedlichen Zugänge. Ich wollte nur anmerken, dass es diese Kategorie der Selbsternteflächen gibt. Die Nachfrage danach ist groß. Es gibt einen Druck, diese zu erweitern. Es gibt diese auch in anderen Bezirken und es gibt bereits Studien. Vielen Dank für Ihre außerordentlich realistische und wirklichkeitsgerechte Darstellung!

Moravec: Sie haben den Begriff Schrebergarten verwendet, haben aber nicht darauf hingewiesen, dass diese auf *Moritz Schreber* zurückgehen, der im 19. Jahrhundert versuchte, Kleingärten zu schaffen, die zur Versorgung mit Obst und Gemüse dienen sollten. Von dort kommt der Name nämlich her. Was mir in ihrem Vortrag fehlt ist das Verhältnis zwischen dem Grundeigentümer Stadt Wien, aber auch der ÖBB (Österreichische Bundesbahnen) usw. und dem Verein. Wie entsteht ein Kleingartenverein überhaupt, wenn eine neue Siedlung errichtet wird? Wie konstituiert sich dieser Verein? Wie komme ich zu einem Kleingarten? Bestimmt das die Stadt Wien als Eigentümer, oder bestimmt das der Verein? Wie ist die rechtliche Konstruktion? Hat der Eigentümer eine Durchgriffsmöglichkeit indem er im Pachtvertrag bestimmte Klauseln ausstellt? Es muss doch im Kleingartengesetz auch möglich sein, strikte Normen einzuführen.

Ziehaus: Gibt es bereits Forschungen über die Entwicklungen für Übermorgen? Werden Sie weiter zu diesem Thema forschen? Wie groß ist der Anteil der Immigranten an den Schreber- bzw. Kleingärten? Kann man ihre Folien erhalten bzw. stehen sie auf einer Homepage zur Verfügung?

Liebal: Gibt es neue Gartensiedlungen? Ich glaube im 22. Bezirk soll eine entstehen. Wie ist die Vergabe der Gärten geplant bzw. wie wird sie durchgeführt?

Fischer: Die Folien gibt es zum Download als PDF auf der Homepage des *Ökosozialen Forums Wien*. Meine Studie wurde in den Jahren 2010-11 beauftragt vom Ökosozialen Forum Wien durchgeführt. Die Studie wurde im April 2011 abgeschlossen. Seit dem beschäftige ich mich nicht mehr mit der Thematik. Ich beobachte nur noch peripher über die Medien, was im Wiener Kleingartenwesen passiert. Was ich allerdings mit Stand April 2011 sagen kann ist, dass es nicht die große Intention der Stadt Wien ist, Wiener Kleingärten auszuweisen. Der *Zentralverband* hat damals überlegt und das lässt sich auch auf seiner Homepage abrufen, dass er eine Art neuer Form von Kleingärten initiieren will, nämlich im alten Stil, wo man nicht mehr darauf wohnen soll, sondern als eine Art Gemeinschaftsgartenfläche. Die große Herausforderung sind immer Flächenrochaden, die in Wien wie überall stattfinden. Gartensiedlungen sind Bauland und nicht Grünland. In den Gartensiedlungen darf man größer bauen, der Stellplatz ist auch auf der Parzelle erlaubt, es gibt auch eine ganz andere Versorgungsinfrastruktur. Insgesamt wurden 38 Anlagen über ganz Wien verteilt untersucht. Der Anteil der Immigranten ist relativ klein. Auch innerhalb der Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund gibt es ganz unterschiedliche Subgruppen. Relativ häufig ist die Gruppe der Diplomaten, die meistens nicht auffallen, in den wenigsten Fällen sind es türkischstämmige Leute. Relativ häufig sind noch Personen aus den klassischen Einwanderungsländern aus Südosteuropa und Polen. Zum Anteil selber kann ich Ihnen leider nichts sagen, da ich dazu keine Daten bekam. Weitere Forschungen sind von meiner Seite nicht geplant. Es wird in Zukunft weitere Forschungen zu Selbsternteflächen und Gemeinschaftsgärten geben. Da laufen bereits einige Diplomarbeiten. Das geht aber in eine ganz andere Richtung. Im Rahmen meiner Studie wurde auch versucht, eine Gegenüberstellung zu machen von neuen Formen des Gärtnerns im Grünraum und den Personen, die damit betroffen sind sowie dem, was ein Kleingärtner will. Dabei kam ich zum Schluss, dass Community Gardens bzw. Gemeinschaftsgärten ganz andere Personen ansprechen. Das sind auch ganz vielfältige Personen mit unterschiedlichem Hintergrund, z.B. StudentInnen oder türkische Hausfrauen, BewohnerInnen von Geschoßwohnbauten. Auch diese kommen nicht unbedingt dorthin, weil sie sich mit den anderen großartig austauschen wollen, sondern wie wollen einfach gärtnern. Hier gibt es auch Erfahrungen aus deutschen Städten, wo man kritisiert, dass man auch in Gemeinschaftsgärten parzelliert und einzäunt. Die Leute gehen einfach auf ihre Parzellen, machen ihre Arbeit und gehen wieder nach Hause. Ein Gemeinschaftsgarten erfüllt nur ein paar Funktionen. Man

kann dort graben, reflektieren und sich austauschen. Der Kleingarten ist etwas ganz Anderes, das ist ein eigenes Paradies, wo man die sehr viele Bedürfnisse abdecken kann, die ein Gemeinschaftsgarten nicht erfüllen kann. Der ursprüngliche Schrebergartengedanke war, dass man Kindern auf parzelliertem Grünraum eine Art Gesundheitsförderung verschafft. Das hat allerdings nicht gegriffen. Im Gegenteil - die schwer arbeitende Bevölkerung engagierte sich, hat gegraben und dadurch einen körperlichen Ausgleich gefunden. Selbsterntefelder sind eine Angebotsalternative, die nicht in Kleingartenanlagen oder auf Kleinkartenparzellen stattfindet. Meistens liegen diese Felder am Stadtrand, wo die Leute vielfach mit dem Auto hinfahren. Sie müssen selber nicht viel machen, da der Landwirt die meiste Arbeit übernimmt. Die meisten kommen dann nur zur Ernte. An und für sich vergeben die Vereine selber, mit einzelnen Ausnahmen. Sollte der Wert einer Kleingartenparzelle in der Bewertung unterhalb eines gewissen Schwellenwerts liegen, dann werden diese Parzellen zentral vom Zentralverband vergeben. Ansonsten liegt das *Vergaberecht* bei den Vereinen. Es gibt sehr lange Wartelisten. Jeder Verein hat für sich einen gewissen Modus entwickelt, wie sie die Gärten vergeben, weil es Personen gibt, die auf Listen mehrerer Kleingartenvereine stehen, sich aber nie melden. Andere wiederum fragen quartalsmäßig nach, ob nun eine Parzelle frei wird. Tendenziell erfolgt die Vergabe schon nach der Reihenfolge. Es gibt hier schon Spielregeln. Man versucht wirklich, Leute für das Kleingartenwesen zu gewinnen und hereinzuholen, die auch dazu passen. Die Obleute haben hier eine jahrzehntelange Erfahrung. „*Betonierer*“ möchte man möglichst draußen halten. Da braucht es auch ein gewisses Gespür. Ob das der Weisheit letzter Schluss ist, weiß ich nicht. Die Ablöse ist ebenfalls gesetzlich geregelt. Sie darf einen gewissen Wert nicht übersteigen. Es gibt da einen eigenen Juristen im Zentralverband. Problematisch ist die Spekulation auf Eigengrund. Hier wird verlangt, was jemand zu zahlen bereit ist.

Hendrich: Hat sich die Fläche der Kleingärten in Wien seit dem Zweiten Weltkrieg verändert? Ich bin am Hang zum Schloss Wilhelminenberg, also in einer Gegend aufgewachsen, wo es eine intensive Kleingartenkultur gibt. Im Laufe der Zeit habe ich mitbekommen, dass in dieser relativ teuren Wohngegend stillschweigend Kleingärten zu normalen Mehrfamilienhäuser umgewandelt werden. Die Gemeinde eignet sich offenbar schleichend Teile dieser Grundstücke im 14., 16. und 17. Bezirk an. Ist das richtig, oder ist das nur eine subjektiv falsche Beobachtung?

Fischer: Bei den untersuchten Kleingartenanlagen haben sich Flächen verkleinert, in anderen sind sie gleichgeblieben, anderenorts konnten sogar Parzellen oder Flächen dazugewonnen werden. Einen Überblick über die Veränderung der gesamten Kleingartenfläche Wiens kann ich spontan nicht geben. Alle Flächen werden im Statistischen Jahrbuch der Stadt Wien nach Nutzungsarten ausgewiesen. Flächen gingen meistens wegen Straßenbauprojekten verloren und nicht deswegen, da die Stadt Wien damit eigene Pläne gehabt hätte. Ein Obmann meinte bei der Befragung, dass er etwas Angst hätte wegen der infrastrukturellen Aufrüstung der Umgebung der Kleingartenanlage, da er fürchtet, dass dies eine Vorbereitung für eine andere Nutzung wäre. Rein rechtlich gibt es die Möglichkeit Kleingartenanlagen zu schleifen. Es gibt dann eine Entschädigung, die zu leisten ist. Sollte enteignet werden, dann muss diese Enteignung mit öffentlichem Interesse begründet sein und auch warum gerade hier und nicht auf einer anderen Fläche. So einfach geht das also nicht.

Seiser: Haben Sie Informationen über die Preisunterschiede jener Anlagen, die privatisiert werden und in den Verkauf gehen, im Vergleich zu Bauland?

Fischer: Nein, darüber kann ich nichts sagen. Ich habe eine Expertenbefragung der Obleute durchgeführt. Nur teilweise wurden neue KleingärtnerInnen befragt. Das hätte den Rahmen des Projekts gesprengt. Darüber bekommen Sie keine Auskunft. Da müssten Sie in einer Art Printmedienanalyse den Immobilienteil der Zeitungen studieren.

Schmitt: Für mich sehr frappierend war die Sache mit dem Wohnrecht, v.a. dass dies heute so selbstverständlich ist, weil das hat mit meiner in Deutschland geprägten Kleingartenvorstellung überhaupt nichts zu tun. Ich weiß nicht, ob es in Deutschland überhaupt solche Entwicklungen gibt. Ich

frage mich, was eigentlich dagegen spricht, diese Flächen, die in der Tendenz ja Wohn- und Einfamilienhäuser sind, auch als solche Gebiete auszuweisen. Warum werden diese Flächen weiterhin als Kleingartenflächen geführt, wenn die Leute bereits überall darauf wohnen? Was sind damit für welche Interessen verbunden?

Raffetseder: Ich bin in einem Sozialprojekt tätig und wir werden ab und zu von Obleuten von Kleingärten angerufen, weil ein Garten nicht mehr gepflegt wird, da es die alten Frauen und Männer selbstständig nicht mehr schaffen. Wissen Sie über die Altersstruktur der KleingärtnerInnen in Wien Bescheid? Wie sind die Nutzungsbestimmungen? Gibt es noch Verpflichtungen im Kleingarten Gemüse anzubauen? Ich möchte nicht über die Haltung von Kleintieren reden. Aber immerhin haben wir den Kleingärtnern die Züchtung des *Blauen Wiener Kaninchens* zu verdanken, ein mittelgroßes sehr leichtfuttriges Kaninchen, das trotzdem viel Fleisch hatte. Gibt es diese Bestimmungen noch?

Fischer: Verpflichtend umgesetzt, d.h. verordnet, gibt es diese Bestimmungen nicht mehr. Im Unterschied zu Deutschland kann niemand gezwungen werden. Das Kleingartenwesen ist in allen europäischen Ländern sehr unterschiedlich organisiert. Am ehesten kann man noch Österreich mit Deutschland vergleichen. Das deutsche Kleingartenwesen ist viel geöffneter als das Wiener Kleingartenwesen. Letzteres ist ein Spezifikum. Angeblich machen die Deutschen nun auch ihren Kleingärtnern Zugeständnisse, dass sie übernachten und einen Kühlschrank haben dürfen. Trotzdem ist das eine ganz andere Art des Umgangs. In Deutschland herrscht noch der traditionelle Gedanke, ohne dass dies als rückständig gesehen wird. Vielfach werden die Gärten nicht mehr gepflegt, weil sie alt sind. Mir ist nicht bekannt, ob der Zentralverband Daten über die Altersstruktur im Wiener Kleingartenwesen verfügt. Die Obleute sind meist älter als 55 Jahre. Dort wo es kein ganzjähriges Wohnen gibt (Ekl), ist die Altersstruktur tendenziell älter als bei ganzjährigem Wohnen (Eklw), weil das auch eine Frage des Interesses ist, Geld in die Hand oder einen Kredit aufzunehmen. Eine Umwidmung von Grünland zu Bauland würde zu einer massiven Wertsteigerung führen. Dadurch würde das Kleingartenwesen zerstört werden.

Schmitt: Gut, aber die Realität ist ja nun so.

Fischer: Das ist die Grundfrage. Der Unterschied ist, dass eine Kleingartenanlage nach wie vor ein für die Öffentlichkeit zugänglicher Grünraum bzw. Naherholungsgebiet ist und kein geschlossenes Einfamilienhausgebiet. Was würde das nach sich ziehen, wenn das Bauland wäre? Jeder Hausbesitzer würde dann einen möglichst hohen Zaun und Stellplatz im Garten haben wollen. Ich glaube, dass das nicht der richtige Weg ist. Ich würde eher sagen, man sollte sich einmal überlegen, Gärten, die unternutzt sind, der Öffentlichkeit verstärkt zugänglich zu machen. Das ist das, was die Deutschen machen. Die beziehen sehr stark Schulen mit ein. Da haben Kinder wirklich einen Naturkundeunterricht im Garten und nicht nur auf einer Leinwand. Das ist ein ganz anderer Umgang mit diesem Thema. Die Deutschen sind noch eher stolz darauf, die sind da mehr geöffnet.

Strahl: Es wurde darauf hingewiesen, dass Kleingärten immer mehr eine Immobilienanlage mit Mehrwertzuwachs sind. Wie ist das Verhältnis zwischen den Eigentums- und Pachtflächen bei Kleingärten innerhalb von Wien?

Fischer: Die Hälfte der untersuchten Anlagen waren private Eigengründe, 37% waren Anlagen, die keine privaten Eigengründe hatten. Es gibt ja auch eine Mischform Pacht und Eigengrund. In Besitz privater EigentümerInnen sind 6%, die Gemeinde Wien besitzt 22%, die Republik Österreich 11%, der Rest der Besitzer (Öffentliche Körperschaften, ÖBB etc.) umfasst 53%. Der Zentralverband ist auch mit insgesamt 8% Eigentümer einiger Anlagen.

Strahl: Die Pachtflächen überwiegen also. Eigentumszuwachs ist offenbar noch kein großes Thema.

Fischer: Ja. Eigentum ist eigentlich peripher. Vor einiger Zeit gab es eine Option, von der Stadt Wien zu möglichst günstigen Bedingungen zu erwerben. Man hat Kleingartenparzellen quasi auf den Markt geworfen, sich aber dann, um Spekulationen vorzubeugen, ein Vorkaufsrecht für eine gewisse Zeit seitens der Stadt Wien gesichert.

Strahl: Würde sich die These bewahrheiten, dass die Entscheidung für einen Kleingarten weniger eine ökonomische, sondern für eine höhere Lebensqualität innerhalb einer Stadt ist?

Fischer: Das ist zweigeteilt. Auf Eigengründen gibt es sicher einen starken ökonomischen Grund, bei Pachtflächen ist das ein wenig anders. Im Kleingartenwesen wird darauf geschaut, dass die Pacht nicht zu hoch ist. Ein weiteres Argument ist, dass die Leute Angst vor der Zukunft haben und daher ihr Geld investieren wollen. Für alle Gruppen gilt: mehr Lebensqualität in der Stadt durch Wohnen mitten im Grünen mit allen Annehmlichkeiten.



Der zweite Vortrag von **Mathilde Schmitt** vom Institut für Gebirgsforschung: Mensch & Umwelt der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Innsbruck trug den Titel *Soziales, kulturelles und symbolisches Kapital paralandwirtschaftlicher Aktivitäten am Beispiel von Schule am Bauernhof*. Die Thesen, die sie zur Diskussion stellte, wurden im Rahmen eines Forschungsprojektes über „Erfolgsfaktoren und Entwicklungsperspektiven für Schule am Bauernhof in Tirol“ entwickelt.

Im Laufe meiner Beschäftigung mit Schule am Bauernhof kristallisierte sich – anders als es im Zusammenhang mit paralandwirtschaftlichen Aktivitäten üblicherweise diskutiert wird – *nicht* ihre Bedeutung als Zusatzeinkommen als das entscheidende Kriterium für landbewirtschaftende Familien heraus. Vielmehr wurden von den AnbieterInnen zum einen persönlichkeitsbereichernde Momente, und zum anderen soziale und kulturelle Aspekte als wesentliche Gründe für Aufbau und Aufrechterhalten solcher Betriebszweige genannt.

Es ist mir ein Anliegen, diese andere Akzentuierung stärker ins Gespräch zu bringen, um die in agrarökonomischen und agrarpolitischen Kreisen üblichen Einschätzungen in ihrer Einseitigkeit zu balancieren. Es ist dort sehr verbreitet, paralandwirtschaftliche Aktivitäten darzustellen als – ich zitiere aus Vorträgen einer agrarpolitischen Tagung – „Glieder von Wertschöpfungsketten“, „Nebeneffekte“ landwirtschaftlicher Produktion oder „landwirtschaftlichen Exzeptionalismus“. Dabei hat sich durch die agrarpolitischen Diskussionen und Entwicklungen der letzten Jahrzehnte das Selbstverständnis vieler Landwirte und Landwirtinnen mittlerweile vom reinen Nahrungsmittelproduzenten modifiziert und enorm vervielfältigt. Es ergänzt sich - der Multifunktionalität der Landwirtschaft entsprechend - um Facetten der Energiewirtschaft, Landschaftspflege, Waldnutzung, Nahrungsmittelverarbeitung und –vermarktung, usw.

Eine andere Fokussierung ergibt sich selbstverständlich auch dadurch, dass bei Schule am Bauernhof der Bauernhof nicht als Unternehmen im Zentrum der Überlegungen steht, sondern als Lernort; und zwar als ein sehr spezieller Lernort wie es Gertraud Pichler 1999 formulierte:

„Wir sind eine Schule, die keine Schule ist, wie man sie kennt. Das Schulgebäude ist die freie Natur, das Klassenzimmer der Acker, die Wiese, der Wald und das Stallgebäude. Unsere Lehrer sind die Pflanzen, die Tiere und die Menschen, die auf dem Bauernhof leben.“

Gertraud Pichler, die bis vor wenigen Jahren Ministerialrätin im *Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft* war, hatte die *Initiative Schule am Bauernhof* auf Bundesebene Ende der 1990er Jahre maßgeblich voran gebracht.

Schule am Bauernhof beruht auf einem sehr umfassenden, ganzheitlichen Konzept und damit passt es als *Umweltbildungsprojekt* sehr gut zu den Prinzipien der 2005 begonnenen *UNESCO Weltdekade zur Bildung*

für eine nachhaltige Entwicklung. Es dient aber nicht nur der Bildung, es ist darüber hinaus eine „Schule fürs Leben“, wie es Hildegard Schwarz bezeichnete, die das Konzept in der Bodenseeregion sehr verbreitete. Im Zentrum stehen dabei *Praxis-, Körper- und Sinneserfahrungen* für die SchülerInnen auf der einen Seite, und *das lokale sowie das Erfahrungswissen der Bauern und Bäuerinnen* auf der anderen Seite. All ihr Wissen, das sie im Laufe ihres Lebens auf ihrem Hof und ihren Feldern gesammelt haben, können sie weitergeben und dabei *ihre Sicht der Dinge* vermitteln. Andererseits erhalten sie mit jeder Gruppe, die auf den Hof kommt, weitere Einblicke in gesellschaftliche Entwicklungen, die sich in der Zusammensetzung der Schulklassen zeigen und z.B. die sich verändernden Milieus, geographischen Herkünfte, Kleidermoden, etc. widerspiegeln. Die AnbieterInnen erfahren durch die Fragen der Kinder verschiedener Altersstufen immer wieder neue Facetten sowohl ihrer Arbeit, ihrer Wohn- und Produktionsstätte als auch der gesellschaftlichen Ansprüche an die Landwirtschaft. Damit ist eine enorme *Chance des Transfers zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen* gegeben, zwischen ErzeugerInnen und VerbraucherInnen, zwischen Stadt und Land, zwischen Jung und Alt, um mal einige zu nennen.

Es gibt verschiedene Konzepte von Schule am Bauernhof. In Österreich am meisten verbreitet sind die *Bauernhoftage*, wo die Schüler und Schülerinnen für einen halben Tag auf den Hof kommen, um Einblicke in das dortige Leben und Arbeiten zu erhalten. In Berggebieten gibt es dem entsprechend auch *Almtage*. Es gibt *pädagogische Freizeiten* (z.B. den *Innsbrucker Ferienzug*), dabei kommen die Kinder - ähnlich den Bauernhoftagen - in den Ferien für mehrere Stunden in den Betrieb. Die erfahrungsintensiveren Formen *Bauernhofwochen*, *Hofpraktika* und *Regelmäßiger Projektunterricht* sind in Österreich bislang nicht so stark vertreten.

Einzelne Studien zu Schule am Bauernhof gibt es mittlerweile vor allem in der Pädagogik zur Perspektive der SchülerInnen und der LehrerInnen. An der Universität für Bodenkultur in Wien verfasste *Gerlinde Leitner (2000)* ihre Diplomarbeit zu „*Kommunikation und Image der Landwirtschaft bei Schulkindern*“. Zur Anbieterseite ist mir lediglich eine Untersuchung von *Frances Harris (2009)* aus Großbritannien bekannt – abgesehen von der Erwähnung solcher Aktivitäten in Studien zur Einkommenskombination. Daher freute mich die Bereitschaft, an unserem *Institut für Gebirgsforschung: Mensch & Umwelt* dieses Thema einmal von der Seite der Bauern und Bäuerinnen aufzugreifen. Mein Dank geht auch an das *Forschungszentrum für Berglandwirtschaft der Universität Innsbruck* für eine finanzielle Förderung und an das *Ländliche Fortbildungsinstitut Tirol (LFI)*, welches uns Adressen und gesammelte Daten seit den 1990er Jahren zur Verfügung stellte, damit wir die folgenden Forschungsfragen bearbeiten konnten:

- Welche persönlichen und betrieblichen Voraussetzungen führen zu einer langfristig gelungenen Umsetzung dieser pädagogischen Maßnahme am Bauernhof?
- Verknüpfen sich mit Schule am Bauernhof Perspektiven für eine nachhaltige Regionalentwicklung?

Im Rahmen des Projektes wurden Experteninterviews und Teilnehmende Beobachtungen, eine Sekundäranalyse der archivierten LFI-Daten sowie eine Befragung derzeitiger und ehemaliger AnbieterInnen mit teilstandardisierten Fragebögen durchgeführt. Die seltene Chance, auch diejenigen zu befragen, die Schule am Bauernhof nur vorübergehend anboten, brachte weiterführende Einsichten in Motivationen und Bedingungen der Schule am Bauernhof-AnbieterInnen. Am Ende wurden die verschiedenen Daten durch Triangulation aufeinander bezogen.

Lassen Sie mich kurz skizzieren, welche landwirtschaftlichen Betriebe Schule am Bauernhof anbieten und wodurch sich die verantwortlichen Personen auszeichnen, damit Sie die darauf aufbauenden Ausführungen besser einordnen können:

- 2011 gab es in Tirol 52 aktive AnbieterInnen. Insgesamt waren es 153, die zwischen 1999 und 2011 die Initiative Schule am Bauernhof in Tirol unterstützten, d.h. zwei Drittel von ihnen partizipierten nur vorübergehend.
- Die *Betriebsgrößen* aller Beteiligten variierten sehr stark zwischen 2,7 und 85 ha.
- Der Anteil der *Nebenerwerbsbetriebe* betrug 60%, das entspricht etwa dem Durchschnittswert für alle landwirtschaftlichen Betriebe in Tirol (61%).
- 55% der Höfe wurden biologisch bewirtschaftet, d.h. dieser Anteil ist um einiges größer als es dem Durchschnittswert von 15 % in Tirol entspricht (*Grüner Bericht, BMLFUW 2008/09*).
- Häufig fand sich Schule am Bauernhof *in Kombination* mit anderen Einkommensalternativen auf dem Hof: Direktvermarktung 68%, Urlaub am Bauernhof 39%, Kindergeburtstage 31%.
- In der Regel wurden *keine großen baulichen Veränderungen* für Schule am Bauernhof vorgenommen.

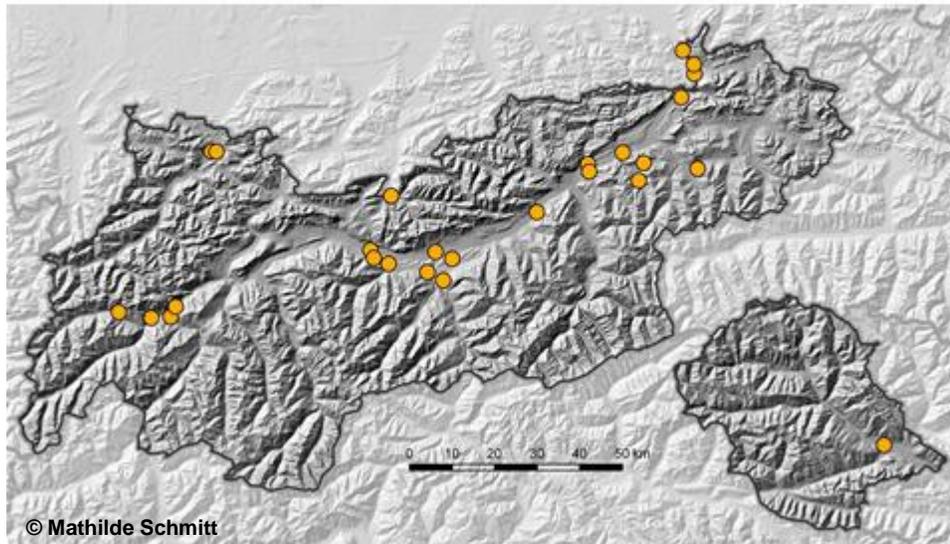
Als zentraler Faktor für langfristigen Erfolg stellte sich - nicht nur in Tirol, auch in Großbritannien - die *Hoflage* heraus! Es ist wichtig, dass ein Betrieb, der Schule am Bauernhof anbietet, mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen ist, damit die Exkursion der SchülerInnen nicht zu teuer wird. Da die Hoflage so entscheidend ist, haben wir untersucht, wo sich die Betriebe der AnbieterInnen in Tirol befinden. Im Jahr 2000 waren sie über ganz Tirol einschließlich Osttirol verteilt.



Auffällig ist der hohe Anteil von Höfen im Inntal. Wenn wir uns die Karte für 2010 anschauen, dann hat sich diese Tendenz noch einmal bestätigt. Abgelegene Höfe haben eher aufgegeben als solche in dichter besiedelten Gegenden. Einige Seitentäler des Inns sind nicht mehr vertreten, weniger Angebote gibt es in Osttirol und im Lechtal – d.h. peripherer gelegene und weniger gut erreichbare Höfe haben es schwerer, genügend Schulklassen anzuziehen.



Zahl der Ortschaften in Tirol im Jahr 2010; n = 26



Welche Charakteristika wiesen die AnbieterInnen auf?

- Zu 80 % trugen *Bäuerinnen* die Hauptverantwortung;
- in der Regel waren auch weitere Personen involviert, somit kann man bei Schule am Bauernhof von einem *Familienprojekt* sprechen.
- Das Durchschnittsalter der Befragten lag zwischen *45 und 50 Jahren*;
- die meisten waren auf einem Hof aufgewachsen.

Die Hauptverantwortlichen hatten in der Regel eine landwirtschaftliche oder landwirtschaftsnahe Ausbildung, in den Familien gab es aber auch erstaunlich häufig eine pädagogisch-didaktische Qualifikation. Wenn die verantwortliche Person diese nicht selber erworben hatte, dann Mutter, Tochter oder PartnerIn:

- In 7 Fällen war die Qualifikation allgemein-pädagogischer Art (LehrerIn, KindergärtnerIn),
- in 21 Fällen (20 Hauptverantwortliche, eine Tochter) war die pädagogisch-didaktische Qualifikation im Zusammenhang mit der Meisterprüfung, Fachlehrer- oder berufspädagogischer Ausbildung erlangt worden.

Wie kommt man dazu, Schule am Bauernhof anzubieten?

Auffällig häufig erfolgte der Einstieg aufgrund einer Anregung durch die Landwirtschaftskammer bzw. durch BerufskollegInnen. Eigeninitiative wurde relativ selten als Grund angegeben, häufiger kam der Anstoß durch die eigenen Kinder, deren VolksschullehrerInnen mit ihren Klassen den Hof der Eltern besichtigen wollten. In Folge wurden diese Aktivitäten professionalisiert und der vom Ländlichen Fortbildungsinstitut angebotene Zertifikatslehrgang absolviert.

Die *Reaktionen* auf den Einstieg in Schule am Bauernhof gestalteten sich sehr unterschiedlich: im Familien- und Freundeskreis überwiegend positiv, bei den NachbarInnen und BerufskollegInnen zeigte sich ein

breites Spektrum, von positiven Anmerkungen bis hin zu Abwertungen. „Wie kannst du dir das bloß antun?“ bekamen AnbieterInnen in unterschiedlichen Formulierungen in 11 Fällen zu hören. Mit solch einer Akzentuierung wird die Belastung in den Vordergrund gerückt; warum manche derart reagieren konnte nicht geklärt werden.

Bei den *Motiven* zur weiteren und andauernden Ausübung von Schule am Bauernhof wurden die folgenden Punkte mit abnehmender Zahl der Nennungen angegeben:

- Bäuerliche Werte vermitteln,
- Freude am Umgang mit Kindern,
- Traditionen und Brauchtum weitergeben,
- Zusatzeinkommen schaffen,
- eine neue persönliche Aufgabe haben,
- vorhandene Ressourcen nutzen, z.B. freie Arbeitskraft und Räume, wenn die Kinder aus dem Haus sind.

Die vielen ideellen Nennungen sind offensichtlich und sollten stärker zur Kenntnis genommen werden. Wie eingangs erwähnt, werden landwirtschaftsbasierte Aktivitäten bislang vor allem als Zusatzeinkommen gesehen, was die Bedeutung von Schule am Bauernhof meines Erachtens massiv unterschätzt. Nehmen Sie etwa das Binden von Palmbüschen, das in der Osterzeit Bestandteil von Schule am Bauernhof in Tirol ist. Auf diese Art und Weise besteht die Möglichkeit, Traditionen zu vermitteln und an die Kinder weiterzugeben, die über ihre Familien keinen Bezug dazu haben.

Was hinterlässt bei den Schülern und Schülerinnen nach Meinung der befragten Bauern und Bäuerinnen einen bleibenden Eindruck?

Es ist zunächst die aktive Beteiligung der Kinder, dass sie z.B. im Garten mithelfen und Boden umgraben können. Sehr wichtig sind Erfahrungen mit den Tieren. Wenn sie in den Hühnerhof gelassen und Hühner fangen dürfen, bleibt ihnen das lebhaft in Erinnerung. Häufig wird auch in der Küche etwas gemacht, z.B. werden im Rahmen des Programms *Vom Getreide zum Brot* Brezen gebacken. Wichtig ist, dass die SchülerInnen mit den eigenen Sinnen „begreifen“ und vor allem etwas mit nach Hause nehmen dürfen. Das haben sie dann lange vor Augen und können es den Eltern und anderen Interessierten zeigen. Anhand dessen können sie auch darüber erzählen, was sie auf dem Bauernhof erlebt haben. So wird das Wissen davon weiter getragen. Wichtig ist darüber hinaus die altersgerechte Vermittlung der fachlichen Inhalte und auch, dass die Bauern und Bäuerinnen ihre Begeisterung und Freude an der eigenen Arbeit zeigen. Diese Aspekte wurden ebenso häufig von den beteiligten Lehrerinnen und Lehrern in den Fragebögen benannt, die sie im Anschluss an die Besuche vom LFI erhalten hatten und die uns zur Sekundärauswertung zur Verfügung standen.

Was ist der Nutzen für die SchülerInnen und Lehrkräfte aus Sicht der AnbieterInnen? Genannt wurden dabei in folgender Reihenfolge mit abnehmender Häufigkeit:

- Tiere unmittelbar erleben können,
- Wissen, woher die Nahrungsmittel kommen,
- Einblicke in den Bauernhof als Arbeitsort erhalten und damit
- Einstellungen gegenüber Tieren, Nahrungsmitteln, landwirtschaftlicher Arbeit der Realität anpassen zu können.

Für sich selbst erwarteten die von uns Befragten

- mehr Kontakte zu VerbraucherInnen;
- eine Form der Werbung für die eigenen Aktivitäten und Produkte, z.B. in Form eines Schneeballeffektes für die Direktvermarktung oder hinsichtlich weiterer Veranstaltungen. So gab es auf einigen Höfen Anfragen vom Tourismusverband, ob auch Touristengruppen geführt werden könnten;
- ein regelmäßiges Zusatzeinkommen;
- mehr Verständnis und eine höhere Wertschätzung für die Landwirtschaft.

Dabei sind die Schüler und Schülerinnen sowohl als die zukünftigen KonsumentInnen zu betrachten, als auch in ihrer Rolle als VermittlerInnen zu ihren Eltern, die nicht selten von den Kindern im Anschluss an derlei Erlebnisse animiert werden, ihr Einkaufsverhalten zu überdenken und gewohnte Einkaufsmuster zu variieren.

Als Resümee unserer Studie können wir also zusammenfassen: Es wichtig ist zu sehen, dass die Bauern und Bäuerinnen, die Schule am Bauernhof anbieten, ihre Familie, Haus und Hof für Fremde öffnen und damit den Bauernhof nicht nur als Unternehmen sondern als *sozialen Ort* wieder beleben, indem andere Menschen dorthin kommen und indem Begegnungen auf dem Bauernhof möglich werden. Austausch und Kommunikation zwischen Stadt und Land werden gefördert. Angeregt durch diesen Austausch ist es möglich, dass die *gesellschaftliche Anerkennung* von LandbewirtschafterInnen gestärkt wird. Dieser Aspekt gewinnt zunehmend an Bedeutung, weil wir eine Entwicklung hin zu einer so genannten *urbanized policy* erkennen. Dabei wird die Agrarpolitik immer häufiger durch Verbraucherschutzpolitik ergänzt bzw. dieser sogar untergeordnet. Unter solchen Umständen werden die Standpunkte und Einschätzungen von VerbraucherInnen nach und nach die Rahmenbedingungen für die Nahrungsmittelproduktion mit bestimmen.

Durch Schule am Bauernhof kann es zu einem besseren gegenseitigen Verständnis von ProduzentInnen und KonsumentInnen kommen. Dieser Aspekt wurde auch in Großbritannien sehr stark herausgestrichen. Zum einen in der Untersuchung von *Frances Harris (2009)* zur Schule am Bauernhof, zum anderen in der Studie von *Rachel Duffy, Andrew Fearne, Victoria Healing (2005)* zur „*Reconnection in the UK food chain*“, in der es heißt, es kann „*die Kommunikationslücke zwischen Konsumenten und Produzenten damit überbrückt werden*“. Mit „damit“ sind Informationsveranstaltungen wie Tage der Offenen Tür oder der Offenen Stalltür ebenso gemeint wie paralandwirtschaftliche Aktivitäten wie Direktvermarktung, Schule am Bauernhof oder Ferien am Bauernhof. Eine derartige Öffnung der landwirtschaftlichen Betriebe scheint zunehmend wichtig zu werden, um das eigene Image zu verbessern. Der niederländische Agrarsoziologe *Jan Douwe van der Ploeg (2008)* spricht im Zusammenhang von „*The New Peasantries*“, die er als wesentliche Akteure paralandwirtschaftlicher Projekte sieht, von neuen Formen der Integration, des Zusammenhalts und des gegenseitigen Verständnisses zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft. Seiner Einschätzung nach entfaltet sich damit ein neues *kulturelles Kapital*.

Könnte solch eine Einschätzung und Bewertung die Bauern und Bäuerinnen darin bestärken, ihre Zukunftsperspektiven nicht nur von der unternehmerischen Seite der Landwirtschaft bestimmen zu lassen, sondern die Agrarkultur wieder stärker zu pflegen?

Für die Berglandwirtschaft käme die Entfaltung dieses kulturellen Kapitals einer *Reaktivierung der Agrarkultur* gleich wie das 1941 fertig gestellte und 1958 publizierte Werk *Die Bergbauernfrage* von *Ferdinand Ulmer* zeigt:

„Kultur ist hier verstanden als das Alltagswerk des Bauern, der die Wildnis der Natur zur Landschaft in Kultur gestaltet, Kultur ist die Bereicherung der Lebensweisen, die der Bergbauer bietet (Ulmer, 1958: 184).“

Nicht nur die Bereicherung der Lebensweisen gehört zu den Potentialen landwirtschaftlicher Betriebe, die durch Schule am Bauernhof-Aktivitäten mobilisiert und sichtbar gemacht werden können. Wird der Bauernhof als „Lernort“ und als „Schule des Lebens“ genutzt wie eingangs erwähnt, bietet er Schülern und Schülerinnen Möglichkeiten der Natur- und Selbsterfahrung, die der zunehmenden Naturentfremdung von Kindern und Jugendlichen mit all ihren negativen Folgen vorbeugt (Brämer 2006) und letztlich auch ihre Bereitschaft stärkt, Verantwortung für Umweltbelange zu übernehmen (Deutsche UNESCO-Kommission 2011). Den Ausführungen Ulmers folgend werden dadurch ihre Entfaltungsmöglichkeiten gemehrt und ihr Lebensbereich geweitet.

„Das Bergvolk der Alpen hat sich in diesem Wertesystem der Geschichte und Gegenwart nicht deshalb einen so ansehnlichen Platz errungen, weil es etwas Milch und Käse, Zuchtvieh und Fleisch, Holz und Strom zu liefern vermag. (...) Dem Menschen der Berge wird vielmehr jene Wertschätzung entgegengebracht, die sie sich dadurch erwarben und nun ständig sichern oder mindern, dass sie der sozialen Gemeinschaft, der sie angehören, den Lebensbereich weiten, die Entfaltungsmöglichkeiten mehren.“ (Ulmer 1958: S. 175)

Bislang jedoch ist der Beitrag der Bauern und Bäuerinnen zur „Weitung des Lebensbereiches“ und zur „Mehrung der Entfaltungsmöglichkeiten“ vollkommen unterschätzt, wie sich am Beispiel der immer wieder neuen Spielarten der Sport- und Freizeitgestaltung und der in den letzten Jahrzehnten daraufhin entwickelten Infrastruktur in den Alpen zeigen lässt. Dass die Arbeit der Bauern und Bäuerinnen nämlich notwendige Voraussetzung für Ski-, Wander-, Bike-, Abenteuer- und andere Tourismusformen ist und sie damit vielen Menschen in Stadt und Land überhaupt erst eine solch vielfältige Freizeitgestaltung ermöglichen, wird gesellschaftlich bislang eigentlich nicht wahrgenommen. Bis es zu einer gesellschaftlichen Wertschätzung kommen wird, dürfte ähnlich viel Zeit erfordern wie die Anerkennung ihrer Landschaftspflegeaktivitäten zur Erhaltung der Kulturlandschaft.

Diese Betrachtung leitet über vom kulturellen zum sozialen Kapital, wie es auch für andere Schule am Bauernhof-Kontexte passend erscheint. In Skandinavien zeigte sich als Folge langfristig angelegter Lernort Bauernhof-Projekte, die es nicht nur bei eintägigen Besuchen beließen, sondern die beteiligten Schüler und Schülerinnen über ein Jahr hinweg immer wieder auf den Hof führten, dass ihre Verbundenheit mit der Region und damit ihre Bleibeorientierung gestärkt wurden (Jolly/Krogh 2010). Ich möchte in diesem Zusammenhang von sozialem Kapital sprechen, denn es wird die soziale Nachhaltigkeit gestützt, was langfristig zu einer Stabilisierung ländlicher Räume beiträgt. Der Lernort Bauernhof ist somit nicht nur eine Ressource nachhaltiger Bildung, sondern eine Ressource nachhaltiger Entwicklung.

Es wird offensichtlich: Mit paralandwirtschaftlichen Aktivitäten lässt sich nicht nur zusätzliches Einkommen erwirtschaften. Vielmehr charakterisiert sich derlei Einkommen durch eine gewisse Polyvalenz, eine Mehrwertigkeit: es lässt sich mit Schule am Bauernhof soziales, kulturelles und symbolisches Kapital aktivieren. Der Bezug zu *Pierre Bourdieu* ist unübersehbar, lassen Sie mich deshalb kurz ausführen, inwiefern die von ihm definierten Kapitalformen auch in unserem Kontext zutreffen.

Als *Soziales Kapital* bezeichnet *Bourdieu* die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von Beziehungen, gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind. Dies kann sowohl auf Individuen als auch auf Gruppen zutreffen, z.B. die landbewirtschaftende Familie, deren Ressourcen ja mit der Zugehörigkeit zu dieser Gruppe für jeden Einzelnen von ihnen von Nutzen sein können. *Bourdieu* spricht auch davon, dass das soziale Kapital einen Multiplikator-Effekt auf das tatsächlich verfügbare Kapital haben kann, ganz im Sinne der angesprochenen Polyvalenz, der Mehrwertigkeit. Ich möchte diese Facetten erweitern und von sozialem Kapital auch dann sprechen, wenn die Gesellschaft einen Nutzen davon hat. Dem entsprechend

interpretiere ich die immer wieder neue aktive Zusammenführung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen im Rahmen von Schule am Bauernhof-Aktivitäten ebenso als starke Ressource sozialer Nachhaltigkeit wie den aufgezeigten Aspekt der Stabilisierung einer sozialen Gemeinschaft in einer ländlichen Region, was insbesondere in peripheren Regionen enorme Bedeutung erhält.

Beim *Kulturellen Kapital* unterscheidet Bourdieu das *inkorporierte Kapital* (verinnerlicht, körpergebunden, dauerhaft) und das *institutionalisierte Kapital* (Bildungstitel, schulisch sanktioniert, rechtlich garantiert), die maßgeblich aufs Individuum bezogen sind. Für das *objektivierte Kapital* (Bilder, Bücher, materiell übertragbar) sind im landwirtschaftlichen Kontext neben dem Individuum die Familie, aber auch Haus und Hof als Bezugsgrößen denkbar. Bei Schule am Bauernhof kommt insbesondere dem *inkorporierten Kapital* Bedeutung zu: auf der einen Seite erhalten Schüler und Schülerinnen Einblicke in ökologische Zusammenhänge, sie sammeln praktische Erfahrungen, sie inkorporieren Wissen über Landwirtschaft, Nahrungsmittel und Natur. Auf der anderen Seite können die AnbieterInnen von Schule am Bauernhof ihre Erfahrungen und Erlebnisse als inkorporiertes Kapital verbuchen. Hinzu kommen meiner Interpretation folgend wiederum die Aspekte auf der gesellschaftlichen Ebene in Form von gegenseitigem Verständnis, Integration und Zusammenhalt. Und hierzu könnte man mit *Pierre Bourdieu* schlussfolgern:

„Weil die sozialen Bedingungen der Weitergabe und des Erwerbs von kulturellem Kapital viel verborgener sind, als dies beim ökonomischen Kapital der Fall ist, wird es leicht als bloßes symbolisches Kapital aufgefasst; d.h. seine wahre Natur als Kapital wird verkannt, und es wird stattdessen als legitime Fähigkeit oder Autorität anerkannt, die auf all jenen Märkten (...) zum Tragen kommt, wo das ökonomische Kapital keine volle Anerkennung findet (Bourdieu 2001, 115).“

Dies dürfte im Sinne der Mehrwertigkeit auch für Schule am Bauernhof zutreffen. Das *symbolische Kapital*, das Bourdieu zufolge auf Ansehen, gutem Ruf und Prestige gründet, ist die wahrgenommene und als legitim anerkannte Form des ökonomischen, kulturellen und sozialen Kapitals. Bourdieu hat in seiner Studie *Die feinen Unterschiede* (1983) analysiert, wie es dazu kommt, dass bestimmte Gruppen in der Gesellschaft über die Jahre sich Vorteile verschaffen und andere benachteiligt bleiben, auch wenn alle z.B. gleiche Zugänge zum Bildungswesen haben. Sollten diese *feinen Unterschiede* vielleicht auch innerhalb der Gruppe der Bauern und Bäuerinnen zukünftig stärker zum Tragen kommen? Angesichts der gesellschaftlich sich verändernden Erwartungen an die Landwirtschaft und der zunehmend von einer *urbanized policy* ausgerichteten Agrarpolitik nach 2013, wäre es denkbar, dass Projekte für ein besseres gegenseitiges Verständnis zwischen ErzeugerInnen und VerbraucherInnen - und dazu zähle ich Schule am Bauernhof - größere Bedeutung gewinnen. Und für Projekte, die die soziale und kulturelle Nachhaltigkeit stützen, dürften sich auch Fördermittel eher rechtfertigen lassen.

Es wäre wünschenswert, wenn nicht länger *„der „Ökonomismus“, der alle Kapitalformen für letztlich auf ökonomisches Kapital reduzierbar hält und deshalb die spezifische Wirksamkeit der anderen Kapitalarten ignoriert“* (Bourdieu 1983, S. 196) maßgeblich wäre, sondern die von Bauern und Bäuerinnen erbrachten Leistungen in all ihren Facetten anerkannt und als wertschöpfend betrachtet würden. Sie sollten nicht – ähnlich den Reproduktionsarbeiten in unserer Gesellschaft – *„abgespalten und in Schattenräume verbannt“* werden, indem sie beim Bruttosozialprodukt nicht berücksichtigt werden. Dem *Konzept für eine nachhaltige Regionalentwicklung* von Winterfeld/Biesecker/Ergenzinger (2007) folgend sollten das *soziale, kulturelle und symbolische Kapital* von Projekten wie Schule am Bauernhof aus dem Schatten ins Licht geholt werden und umfassende gesellschaftliche Wertschätzung einschließlich einer Anerkennung finanzieller Art erhalten. Eine Verantwortungsgemeinschaft zwischen Stadt und Land könnte in Zeiten einer *urbanized policy* eine solche Entwicklung unterstützen.

Diskussion

Moravec: Von soziologischer Seite handelt es sich bei Schule am Bauernhof überwiegend um Nebenerwerbsbetriebe, die jedoch begeisterte Landwirte sind, d.h. sie sind im bäuerlichen Sektor

integriert und an diesem interessiert. Schaffen sie es auch, diese Begeisterung an die nächste Generation am eigenen Bauernhof weiterzugeben? Wie schauen die Haftungsfragen bei Schule am Bauernhof aus? Es handelt sich ja dabei um ein Unternehmen mit gewissen Betriebsgefahren. Wie schaut es im Falle eines Unfalls mit der rechtlichen Absicherung des Betriebes aus? Sie sprechen von einem geringen ökonomischen Betrag, der erzielt wird. Was verstehen Sie unter „gering“, wie viel macht das wirklich aus, wenn ein Landwirt eine Schulklasse am Hof herumführt?

Schmitt: Zuletzt waren es 120 €, die für einen Vormittag bezahlt wurden. Österreichweit ist das relativ ähnlich, die Abrechnung erfolgt unterschiedlich. Dazu kann dann noch eine Jause für die Kinder kommen, die extra bezahlt werden muss. Bezeichnend ist, dass die Aufwand-Ertrags-Situation von jenen Betrieben bemängelt wird, die relativ selten Schule am Bauernhof anbieten, z.B. 3-5 Bauernhoftage im Jahr, und AnbieterInnen, die mehr als 20 Bauernhoftage im Jahr durchführen, dies überhaupt nicht zum Thema machten. Durch die Routine, die sie entwickeln, kommen sie auf einen besseren Stundenlohn. Betriebsgefahren sind versicherungstechnisch über die Unfallversicherung und von den Schulen abgedeckt. Bemerkenswert ist, dass innerhalb Europas je nach Land eine unterschiedliche Großzügigkeit gehandhabt wird in dem, was den Kindern im Rahmen von Schule am Bauernhof-Projekten erlaubt wird. Hinsichtlich der Hofnachfolge können es auch Projekte wie Schule am Bauernhof sein, die die nächste Generation überlegen lassen, ob sie den Hof weitermachen oder nicht. Jüngere Leute können gerade dadurch motivierter sein, wenn sich diese Ressource noch anderweitig nutzen lässt. Nicht selten absolvieren sie eine Ausbildung, die ihnen für die paralandwirtschaftlichen Aktivitäten zugutekommen kann. Die Entwicklung hin zur Nebenerwerbslandwirtschaft ist ja in vielen europäischen Ländern gegeben. Sie wird meines Erachtens nur nicht in der ihr zukommenden steigenden Bedeutung von der Agrarpolitik diskutiert. Im Hinblick auf die Multifunktionalität der Landwirtschaft zeigte sich in einer Langzeitstudie in Deutschland (Inhetveen/Schmitt 2010; Schmitt 2010), dass zunehmend auch Haupterwerbsbetriebe paralandwirtschaftliche Aktivitäten aufnehmen, weil es sich zum einen finanziell auszahlt, zum anderen aber auch als attraktiv gesehen wird, neben der landwirtschaftlichen Produktion noch andere Aktivitäten auf dem Hof umzusetzen.

Wurm: Als österreichweit für Schule am Bauernhof zuständiger Referent im Lebensministerium möchte ich ergänzen: Zielgruppe sind Schülerinnen und Schüler, um pädagogisch die Belange der Landwirtschaft besser zu vermitteln, denn das Bild der Landwirtschaft in den Büchern spiegelt nicht unbedingt die Realität wider. Gleichzeitig sind diese kulturellen und sozialen Aspekte ein Anliegen der Landwirtschaft und auch der Schule. Weiters müssen die Anbieter die Plakette „Sicherer Bauernhof“ aufweisen. In Zusammenarbeit mit der Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVB) werden von Anfang an Fragen der Sicherheit geklärt. Kinder dürfen sich nur in zertifizierten Bereichen aufhalten, um Gefahrenpotentiale von vorne herein - auch was die Tiere betrifft - zu vermeiden. Dies ist auch die Hauptaufgabe der betreuenden Landwirtschaftskammer. Diese haben die Beratung im Zusammenhang mit dem Stallbau, Rechtsfragen usw. übernommen. Dazu kommt, dass diejenigen, die Förderung bekommen und Schule am Bauernhof offiziell anbieten dürfen, selber einen Zertifikatslehrgang und eine laufende Fortbildung absolvieren müssen. Das Produkt selber ist ein sehr gutes Produkt, welches sich bewährt hat. Ich wurde durch den Vortrag angeregt, neue Aspekte hinein zu bringen. Ich denke, dass wir von der Landwirtschaft hier einen gewaltigen Beitrag leisten, der vielleicht von Seite der Schule noch zu wenig gesehen wird. Das Lernen in der Natur wird derzeit wieder „in“, es gibt eine Renaissance für Lernen in der Natur. Dem könnte man seitens der Schulen noch viel mehr Aufmerksamkeit widmen und neue Dinge initiieren.

Schmitt: Ich denke, dass die UN-Dekade auf schulischer Seite einiges in Bewegung gebracht hat und z.B. erkannt wurde, dass ökologisches Wissen auch über Besuche auf dem Bauernhof vermittelt werden kann. In Tirol wird das Angebot bislang in erster Linie von Volksschulen wahrgenommen. Man versucht, diese Einblicke in die Realität der heutigen Landwirtschaft auch auf höheren Ebenen in den Schulen verstärkt einzubringen, was sich allerdings als schwieriger gestaltet. Es braucht eine Offenheit seitens der Lehrkräfte, damit da etwas in Bewegung kommt. Die Nebenerwerbslandwirtschaft ist einerseits eine

zunehmende Realität, andererseits aber – ich kenne die Diskussion aus dem Raum Vechta in Deutschland – sollten gerade auch Intensivstbetriebe bestrebt sein, Gruppen auf ihre Betriebe zu bekommen. Im Allgemeinen ist es schwierig, hier ErzeugerInnen zu finden, die da Einblicke zulassen, vor allem wegen der ganzen Diskussionen über Massentierhaltung, ethischer Verantwortung usw. Hinzu kommt, dass es in solchen Betrieben aus hygienischen Gründen oft schon problematischer ist, Gruppen auf den Hof zu lassen. Aber es gibt durchaus erste Anzeichen, dass auch von deren Seite die Problematik erkannt wird, dass man sich öffnen und in die Diskussion mit den VerbraucherInnen kommen möchte. Es wäre in intensivlandwirtschaftlichen Gegenden in Österreich einen Versuch wert, solche Hofbesuche z.B. bei jüngeren LandwirtInnen anzuregen, die vielleicht eher dafür bereit sind.

Hendrich: Wie kann man sich Schule am Bauernhof konkret vorstellen? Da kommt in der Früh um halb 5 Uhr eine Volksschulklasse und hilft beim Melken mit? Oder ist das nur ein Streichelzoo?

Schmitt: Halb 5 Uhr ist natürlich viel zu früh, aber es gibt durchaus einige experimentelle Versuche, wo die Betriebe die SchülerInnen bereits um 7 Uhr erwarten. In der Regel beginnen die Buben und Mädchen wie jeden Tag um 8 Uhr ihren Unterricht und fahren dann auf den Hof, wo sie um halb 9 oder 9 Uhr eintreffen. Zunächst gibt es eine Begrüßungsrunde, dann wird in verschiedenen Bereichen der Hof gezeigt. Das hängt natürlich auch von den angebotenen Schwerpunktprogrammen zu Milch, Getreide, Tierhaltung usw. ab. Dann machen die SchülerInnen selbstständig etwas, was wiederum von der Jahreszeit abhängt. Wenn es um Getreide geht, arbeiten sie z.B. in der Küche, mahlen Getreide und backen Brezeln, wobei der Teig dafür bereits vorbereitet sein kann. Die SchülerInnen formen dann die Brezeln in der Art und Weise wie das für Tirol typisch ist. Bis die Brezeln gebacken und für die Jause bereit sind, wird dann dazwischen vielleicht noch in die Scheune gegangen, wo die kleineren Kinder Heuhüpfen dürfen. Und an allen Stationen wird das damit verknüpfte Wissen weitergegeben.

Hendrich: Schule am Bauernhof ist meiner Meinung nach fast schon eine Übertreibung, was dahinter steht wird für meine Begriffe etwas aufgeblasen. Das Arbeiten am Bauernhof läuft ja ganz anders ab, egal ob man nun 5 Jahre, 10 Jahre alt ist oder älter, um den Tagesablauf zu erfassen. Sie haben das für Tirol untersucht. In Ostösterreich gibt es eine ganz andere Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe. Wie könnten z.B. ein Gemüseanbaubetrieb im Seewinkel im Burgenland, der relativ große Flächen bearbeitet und ein etwas kleinerer Weinbaubetrieb dieses Programm umsetzen? Da müsste man eine ganz andere Show abziehen, weil der Werdegang und der Zyklus der Produkte ein vollkommen anderer ist. Beim Weinbau kann man Weintrauben weiterverarbeiten, d.h. man kann eigentlich nur zu einem ganz kurzen Zeitraum den Kindern und Jugendlichen zeigen, wie es bei der Ernte aussieht.

Schmitt: Das ist richtig, aber die Ernte ist ja nur ein Zeitpunkt. Es geht ja auch darum zu sehen, mit welchen Maschinen das Feld im Frühjahr z.B. vorbereitet werden muss.

Hendrich: Aber wie zeige ich das? Das sind oft riesige Anlagen. Muss ich da mitfahren? Im Klassenverbund stelle ich mir das etwas problematisch vor.

Oedl-Wieser: Darf ich dazu ein Beispiel aus Ostösterreich bringen. Mein Sohn war im Bezirk Hollabrunn auf einem Schule am Bauernhof. Da waren sie bei der Kartoffelernte dabei. Sie haben etwas über die Kartoffel gelernt und dann am Feld mitgearbeitet, wo sie selber Kartoffeln geerntet haben. Mein Sohn war überglücklich, dass er diesen Kartoffelsack mit nach Hause nehmen durfte. Ich glaube, dieser Ausflug war einer der einprägsamsten Eindrücke, die er in seiner ganzen Volksschulzeit gemacht hat.

Schmitt: Es geht ja nicht nur um das Produkt, sondern z.B. auch um die Landtechnik, d.h. wie die Kartoffeln geerntet werden. Es reicht oft schon, das einmal gesehen zu haben. Auf diesen riesigen Betrieben können sie oft nicht selber Hand anlegen. Vielleicht könnte man da einbauen, dass sie am Feldrand selber Kartoffeln hacken und zusammenlesen können wie im Beispiel von Frau Oedl-Wieser. Wichtig ist, dass sie das selber ein Stück weit machen. Da liegt es einfach an der Initiative der Bauern und

Bäuerinnen, was sie versuchen, damit die SchülerInnen sinnliche Erfahrungen mit nach Hause nehmen können.

Raffetseder: Ich organisiere beim größten österreichischen Kulturfestival in Herzogenburg, was nicht unbedingt eine städtische Region ist, obwohl St. Pölten in der Nähe liegt, einen landwirtschaftlichen Tierbereich mit alten Haustierrassen. Die Kinder können heute oft nicht einmal unterscheiden zwischen einer Ente, Gans, Huhn und Truthahn. Das kennen die Kinder nicht mehr. Für sie ist das ein Vogel. Meine Schwägerin macht Schule am Bauernhof. Für mich ist das eine Variante, dass man den Kindern, die aus der Stadt kommen und meinen, die Milch komme aus dem Packerl oder die Kartoffeln sind im Chips-Sackerl, ein bisschen Bezug zur Landwirtschaft gibt. Meine Schwägerin macht z.B. mit ihnen Kürbissuppe. Die Kürbisse werden zunächst vom Acker geholt, dann wird gemeinsam die Suppe gemacht und anschließend die Kürbisse geschnezt. Da bekommen die Kinder wieder einen Bezug, was landwirtschaftliche Bereiche angeht. Da geht es - glaube ich - nicht darum, dass man Kindern darstellt, wie eine großflächige, intensive Landwirtschaft funktioniert mit kilometerlangen Äckern und Traktoren mit zigtausend PS, die da darüber donnern und in wenigen Stunden den Acker abernten. Es geht vielmehr um den Bezug, dass sie wissen, dass die Kartoffel aus der Erde kommt und dass dieser Vogel Huhn ist und nicht irgendein Kanarienvogel.

Liebal: War das eine Wiener Schule, die diesen Ausflug gemacht hat, wovon Sie erzählt haben?

Oedl-Wieser: Eine Schule aus der Umgebung von Wien, im Westen von Wien.

Liebal: Wird eigentlich in den Schulen Reklame für diese Tage gemacht?

Oedl-Wieser: Ja.

Wurm: Ich möchte ergänzen, dass Schule am Bauernhof Regelunterricht vor Ort heißt. Dieser Regelunterricht ist abgestimmt mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK), d.h. man kann da nicht um 7 Uhr in den Stall gehen, das ist dann kein Regelunterricht.

Schmitt: Aber es wird in einzelnen Fällen versucht.

Wurm: Die Angebote sind frei. Es gibt Tagesangebote, Wochenangebote und Zusatzangebote, die diese LandwirtInnen anbieten, weil sie die Infrastruktur sowieso schon haben. Aber die klassische Schule am Bauernhof ist Regelunterricht, z.B. drei Stunden am Vormittag anstatt Biologieunterricht. Man darf nicht vergessen, dass wir uns hier im Unterrichtswesen bewegen und nicht in der Freizeit- oder Wochenendgestaltung. Alles andere sind Sonderangebote, die die LandwirtInnen nutzen, wenn sie z.B. Kinderfeste machen. Wir befinden uns im klassischen Regelunterricht. Schule am Bauernhof ist Ergänzung zur Biologie, Geografie oder sonstigem Unterricht. Die Stunden werden vorbereitet und nachbereitet, die Unterlagen eingebunden. Wichtig ist auch, dass die Bauern und Bäuerinnen durch den Zertifikatslehrgang diese pädagogische Zusatzbefähigung bekommen. Es wird vorausgesetzt, dass sie „Fachwissen“ haben. Aber auch das wird teilweise wiederholt. Viele Bauern bringen zwar fachliches Know-how mit, das Vermitteln ist aber etwas anderes. Viele junge LandwirtInnen steigen in Schule am Bauernhof ein. Sie vertreten dann z.B. den Biologielehrer für drei Stunden und dafür werden sie auch honoriert. Sie üben quasi eine Lehrtätigkeit vor Ort aus. Alles kann nicht angeboten werden. Das ist auch nicht die Aufgabe. Eine Ferienwoche usw. ist etwas Eigenes.

Schmitt: Wenn die Kinder Schule am Bauernhof einmal erlebt haben, dann haben sie einen anderen Blick. Wenn sie durch die Landschaft fahren und einen Traktor auf dem Feld sehen, dann haben sie eine ganz andere Vorstellung, was da passiert bzw. eine andere Aufmerksamkeit. So etwas wirkt nach. Als Schlüsselkategorie stellen sich dabei die Lehrkräfte heraus, weil da gibt es engagiertere, die das gut vorbereiten und dann auch wieder nachbereiten, d.h. in vielfacher Hinsicht in den Unterricht einbinden und andere, für die das eher so ist, dass sie einmal einen Vormittag keinen Unterricht vorbereiten müssen, weil sich jemand anderer darum kümmert. Das kann man natürlich nicht ändern. Je nach dem nehmen

die SchülerInnen mehr oder weniger mit. **Wurm:** Es gibt eine eigene Homepage Schule am Bauernhof (www.schuleambauernhof.at), wo die Betriebe mit ihren Angeboten nach Bundesland vorgestellt werden. Was die Werbung betrifft, gibt es einen Folder, der auch in den Schulen verteilt wird, wo auch das Logo vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) darauf ist, um den LehrerInnen klar zu machen, dass das eine Mitinitiative des BMUKK ist und nicht alleine eine Idee der Landwirtschaftskammer oder des LFI. Das wird vom BMUKK voll unterstützt und als Regelunterricht gesehen.

Schmitt: Das war auch die Leistung von Frau *Pichler*, die sich damals um die Unterstützung von drei Ministerien, dem Landwirtschafts-, Unterrichts- und Jugend-/Familienministerium bemühte und diese dann koordinieren konnte.

Hendrich: Sie haben das kulturelle Kapital angesprochen. Ich kann mir kaum vorstellen, was da in einer Session von einem Tag einer Gruppe von Schülerinnen und Schülern zwischen sechs und zehn Jahren präsentiert wird. Ich denke da einmal an Volksmusik mit Tanz, an folkloristische Bekleidung, an Religion, Essen usw.

Schmitt: Das ist alles viel zu romantisch gedacht. Aber denken Sie z.B. einmal an Kulturvermittlung über die Palmbuschen, die mit den Materialien, die am Hof sind, gebunden werden. Das ist z.B. so ein kulturelles Moment. Es geht aber auch um Kultur im Sinne von Versorgungs- und Esskultur, z.B. wie das Mehl gemahlen wird und welche Produkte man daraus macht. Das sind viele Aspekte, die da zusammenkommen. Weiterhin eben auch die Bodenkultur, d.h. dass der Boden kultiviert wird und in welcher Form das geschieht. Kultur ist im Zusammenhang mit Schule am Bauernhof in einem sehr breiten Sinne zu verstehen.

Die **nächste Sitzung** der **Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung** findet am **Freitag, 16.11.2012 10.00 Uhr s.t.** an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen statt, 1030 Wien, Marxergasse 2/Mezzanin. Folgende Beiträge stehen auf dem Programm:

A. Heistingner (Freie Agrarwissenschaftlerin und Beraterin): Hofübergabe außerhalb der Familie. Fallbeispiele, Potentiale, neue Wege.

Univ.-Lekt. Dipl.-Ing. Andrea Heistingner studierte Landwirtschaft an der Universität für Bodenkultur Wien und erstellte ihre Diplomarbeit am Institut für Geschichte der Universität Wien. Seit 2000 arbeitet sie als freie Agrarwissenschaftlerin, Fachbuchautorin und Beraterin. Außerdem absolvierte sie eine Zusatzausbildung in systemischer Beratung (Ausbildungsinstitut Meilen, Schweiz). Lehraufträge an der Universität Wien/Institut für Kultur- und Sozialanthropologie und der Universität für Bodenkultur. An der Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung der Alpen Adria Universität Klagenfurt verfasste sie gemeinsam mit Dr. Evelyn Klein eine Studie zum Thema Hofübergabe außerhalb der Familie.

A. Wanka und K. Baumgarnter (Institut für Soziologie der Universität Wien): Bildung für ältere Menschen - Soziale Teilhabe unter besonderer Berücksichtigung der Aspekte Gender und ländlicher Raum.

Mag.a Anna Wanka studierte Soziologie und Rechtswissenschaft an der Universität Wien. Seit 2008 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie in internationalen und transdisziplinären Projekten mit Schwerpunkt Alter, Raum, Bildung und Arbeitsmarkt, Lehrauftrag am Institut für Soziologie.

Mag.a Katrin Baumgarnter absolvierte das Diplomstudium der Soziologie an der Universität Wien. Während ihres Studiums war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie und arbeitete an diversen Projekten mit, die sich mit Bildung im Alter beschäftigen.

Literaturhinweise

- Bourdieu, Pierre (1983): Die feinen Unterschiede. Suhrkamp, Frankfurt/Main.
- Bourdieu, Pierre (1994): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, R. (Hg.) Soziale Ungleichheiten. Sonderheft der Sozialen Welt. Göttingen, S. 183-198.
- Bourdieu, Pierre (2001): Das politische Feld: Zur Kritik der politischen Vernunft. UVK, Konstanz.
- Brämer, Rainer (2006): Natur obskur. Wie Jugendliche heute Natur erfahren. Oekom, München.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2009): Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft 2008, Wien.
- Deutsche UNESCO-Kommission: Bildung für nachhaltige Entwicklung. <http://www.bne-portal.de> [30.03.2010].
- Duffy, Rachel; Fearn, Andrew; Healing, Victoria (2005): Reconnection in the UK food chain: Bridging the communication gap between food producers and consumers, British Food Journal, Vol. 107 Issue 1, pp.17 – 33.
- Fischer, Tatjana (2011): Abschlussveranstaltung zum Projekt "Wiener Kleingärten im Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen" am 7. April 2011.
- Harris, Frances (2009): Perspectives on educational visits to farms: a report on research with farmers, teachers, children and parents (Project Report), Kingston upon Thames.
- Inheteen, Heide /Schmitt, Mathilde (2010): Prekarisierung auf Dauer? Die Überlebenskultur bäuerlicher Familienbetriebe. In: Bührmann, Andrea D./Pongratz, Hans J. (Hg.): Unsicherheiten von selbstständiger Erwerbstätigkeit und Unternehmensgründung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 111-136.
- Jolly, Linda/Krogh, Erling (2010): The Farm as a Pedagogical Resource. Health and learning from farm activities for school children in Norway. <http://www.livinglearning.org/InEnglish.htm> [18.05.2010].
- Leitner, Gerlinde (2000): Kommunikation und Image der Landwirtschaft bei Schulkindern unter Berücksichtigung des Projektes "Die Schule am Bauernhof" in Österreich. Diplomarbeit am Institut für Wirtschaft, Politik und Recht der Universität für Bodenkultur Wien, 83; Wien.
- Schmitt, Mathilde (2010): Agritourism. From Additional Income to Livelihood Strategy and Rural Development. In: *The Open Social Science Journal*, 2010, 3, pp 41-50. Special Issue: Tourism in a Rural Setting: New Directions and Challenges. <http://www.bentham.org/open/tosscej/articles/V003/SI0010TOSSCIJ/41TOSSCIJ.pdf> [18.02.2011].
- Ulmer, Ferdinand (1958): Die Bergbauernfrage: Untersuchungen über das Massensterben bergbäuerlicher Kleinbetriebe im alpenländischen Realteilungsgebiet, Wagner, Innsbruck.
- Van der Ploeg, Jan Douwe (2008): The New peasantries: struggles for autonomy and sustainability in an era of Empire and Globalization. London, Sterling, Earthscan.
- Winterfeld, Uta; Biesecker, Adelheid; Ergenzinger, Annegret (2007): Sozial-ökologisches Tätigsein im Schatten der Moderne. Tätigkeitsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung, Wuppertal Report 4, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH, Wuppertal.
- Homepage Schule am Bauernhof: www.schuleambauernhof.at
- Download zum Projekt Wiener Kleingärten: www.oekosozial.at/index.php?id=13584